

Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung

Dienstag, 15. Juni 2021, 19.30 Uhr, Waldmannhalle

Vorsitz	Gemeindepräsident Walter Lipp
Protokoll	Gemeindeschreiberin Andrea Bertolosi
Anwesend Gemeinderat	Walter Lipp Sylvia Binzegger Sonja Zeberg-Langenegger Berty Zeiter Pirmin Andermatt Jost Arnold Zari Dzaferi
Stimmzähler	Marco Kathriner (Obmann) Roger Schmid René Simmen Maya Dübendorfer Iris Siegel
Anzahl Anwesende	119 Stimmberechtigte 2 Gäste
Zeit	19.30 – 22.05 Uhr

Genehmigt an der Gemeindeversammlung vom 15. September 2021.

Das Protokoll kann im Internet unter www.baar.ch eingesehen werden.

Begrüssung

Walter Lipp, Gemeindepräsident

Liebe Baarerinnen und Baarer
Liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger
Werte Gäste

Ich begrüsse Sie alle im Namen des Gesamtgemeinderates ganz herzlich zur bereits zweiten Gemeindeversammlung in diesem Jahr. Schön, dass Sie trotz Fussball-Europameisterschaft 2020 zu uns gekommen sind. Man sieht, dass Sie den demokratischen Prozess lieben – vielen Dank.

Corona ist zwar noch in aller Munde, doch gemeinsam sollten wir einer guten Zukunft entgegenblicken dürfen. Seit einigen Tagen sehen wir – wie der Bundesrat sich ausgedrückt hat – das Licht am Ende des Tunnels. Hoffen wir also, dass wir bald wieder zur Normalität übergehen und ein halbwegs normales Leben führen dürfen.

Am letzten Sonntag haben Sie den Baukredit für die Dreifachturnhalle Sternmatt 2 mit einem klaren Resultat von 7'360 zu 1454 angenommen. Dafür dankt Ihnen der gesamte Gemeinderat und auch der Bauchef ganz herzlich.

Leider kann ich immer noch nicht über erfolgreiche Festivitäten berichten – ausser dass die Fussball-Nationalmannschaft ein Unentschieden gemacht hat – der EVZ und der LK Zug Meister geworden sind und Schwingen und Sportveranstaltungen wieder im kleinen Rahmen durchgeführt werden dürfen.

Alle haben Freude, dass in Kürze die Tangente Zug-Baar in Betrieb genommen werden kann. Ich persönlich freue mich darauf, an der 1. August-Feier mit Ihnen auf dem Schür-Platz beim Schwesternhaus anzustossen.

Weiter muss ich Sie auf folgende Corona-Regeln aufmerksam machen:

- Sofern sich Anwesende krank oder unwohl fühlen oder Anzeichen für eine Erkältung haben, so bitte ich sie, jetzt den Saal zu verlassen.
- Der Sicherheitsabstand von 1.5 m zwischen den Personen muss während der ganzen Versammlung konsequent eingehalten werden.
- Es gilt für alle Anwesenden eine konsequente Maskentragepflicht.
- Am Rednerpult darf die Gesichtsmaske abgelegt werden. Dies gilt auch für den sprechenden Gemeinderat.
- Das Rednerpult wird nach jedem Sprecher / nach jeder Sprecherin desinfiziert.

Wir danken allen Teilnehmenden, für die Einhaltung dieser Schutzmassnahmen.

Einen speziellen Gruss geht an unseren neuen Vizegemeindeschreiber und Abteilungsleiter Präsidiales / Kultur, Reto Herger. Herzlich willkommen bei uns.

Ich begrüsse auch die Presse. Es sind Claudia Schneider vom Zugerbieter und Rahel Hug von der Zuger Zeitung anwesend. Herzlich willkommen und danke für eine gute Berichterstattung.

Die Einladungen und Publikation zur heutigen Gemeindeversammlung sind rechtzeitig erfolgt und somit kann die Gemeindeversammlung offiziell eröffnet werden.

Zuerst ist das Büro zu bestellen: Von Amtes wegen ist unser bewährter Weibel, Marco Kathriner, dabei. Als weitere Stimmzähler kann ich folgende Personen vorschlagen: Roger Schmid, René Simmen, Maya Dübendorfer und Iris Siegel. Es macht niemand einen anderen Antrag. Die Stimmzähler sind somit gewählt und ich danke ihnen für ihre Arbeit.

Weiter mache ich einen Hinweis auf das Stimmrecht. Nicht Stimmberechtigte haben sich zu melden. Wer sich nicht meldet, bzw. abstimmt, macht sich strafbar. Darf ich bitten, jene, welche nicht stimmberechtigt sind, kurz aufzustehen? Besten Dank. Es sind 2 Gäste hier.

Ich kann Sie orientieren, dass seit der Drucklegung folgende Interpellationen eingegangen sind:

- Interpellation von Martin Pulver vom 31 Mai 2021 mit Fragen zum Masterplan der Gemeinde und zu den geplanten Infrastrukturvorhaben
- Interpellation der Alternative – die Grünen Baar vom 1. Juni 2021 zur Verkehrsbelastung in Allenwinden während Sanierung Nidfuren-Schmittli

Nach Absprache mit den Interpellanten erfolgt die Beantwortung an der Gemeindeversammlung im Dezember.

Die hängigen politischen Vorstösse sind auf Seite 4 der Vorlage aufgeführt.

Die Behandlung der Traktanden erfolgt gemäss Traktandenliste. Sie sind mit diesem Vorgehen einverstanden.

Traktandum 1

Protokoll der Gemeindeversammlung vom 16. März 2021 – Genehmigung

Die Vorlage des Gemeinderates vom 3. Mai 2021 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Walter Lipp

Das Protokoll ist im Gemeindebüro aufgelegt und konnte im Internet eingesehen werden. Es gibt keine Frage zum Protokoll.

Antrag

Das Protokoll sei zu genehmigen.

Beschluss

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

Traktandum 2

Geschäftsbericht 2020 – Kenntnisnahme

Die Vorlage des Gemeinderates vom 3. Mai 2021 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Walter Lipp

Die Verwaltung legt Ihnen hier Bericht zum Geschäftsjahr 2020 ab. Hier hat auch die nicht einfache Zeit, welche wir in der Verwaltung gut meistern konnten, Niederschlag gefunden. Sie können daraus entnehmen, dass im vergangenen Jahr sehr viel geleistet wurde.

Ich gebe das Wort frei für den Geschäftsbericht. Das Wort wird nicht verlangt.

Antrag

Vom Geschäftsbericht 2020 sei Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

Vom Geschäftsbericht 2020 wird Kenntnis genommen.

Traktandum 3

Rechnung 2020

Die Vorlage des Gemeinderates vom 3. Mai 2021 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Walter Lipp

Wie Sie aus der Vorlage entnehmen können, haben wir auch im 2020 ein erfreuliches Resultat erzielt. Während die Steuereinnahmen leider zurück gingen, wurden wir mit Grundstückgewinnsteuern beschenkt. Stolz bin ich auf das Ausgabenverhalten der Verwaltung. Hier wurde wieder eine Punktlandung erzielt.

Wie in den vergangenen Jahren praktiziert, schlage ich vor, dass wir vorerst die Rechnung Seite um Seite durchgehen und Sie sich danach zur Rechnung äussern können. Einzelne Fragen können direkt oder im Nachhinein bei den Voten gestellt werden. Wir gehen die Rechnung nun Seite für Seite durch. Wir beginnen auf Seite 7.

Wir sind die Rechnung nun durchgegangen.

Ich übergebe das Wort dem Präsidenten der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission, Thomas Gwerder. Gleichzeitig nutze ich an dieser Stelle die Gelegenheit, ihm, seiner Kollegin und seinen Kollegen in der Kommission für die engagierte und kompetente Arbeit bestens zu danken.

Thomas Gwerder

Es freut mich, dass ich Ihnen als Präsident der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission den Bericht zur Rechnung 2020 vorstellen darf. In Ausübung des uns von Ihnen übertragenen Mandats und unter Berücksichtigung der gesetzlichen Bestimmungen haben wir, in Zusammenarbeit mit der externen Revisionsgesellschaft Mattig-Suter und Partner, die Jahresrechnung der Einwohnergemeinde Baar für das Jahr 2020 geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Gemeinderat verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen und zu beurteilen. Unsere Prüfungen wurden so geplant und durchgeführt, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden.

Die durchgeführte Prüfung bildet aus unserer Sicht eine ausreichende Grundlage für unser Urteil. Die Jahresrechnung 2020 von der Einwohnergemeinde Baar schliesst mit einem Ertragsüberschuss von CHF 13.7 Mio. ab. Das Budget sah einen Ertragsüberschuss von CHF 1.3 Mio. vor. Das bei budgetierten Vorfinanzierungen von CHF 3 Mio. Das massiv bessere Ergebnis ist im Wesentlichen auf folgende Punkte zurück zu führen.

Der Hauptgrund sind höhere Steuereinnahmen im Umfang von CHF 10 Mio. Die ordentlichen Steuereinnahmen liegen jedoch CHF 10 Mio. unter dem Budget. Dafür sind die Grundstückgewinnsteuern um CHF 20 Mio. über dem Budget. Das ist hauptsächlich auf einen einzigen Fall zurückzuführen. Hätten wir bei den Grundstückgewinnsteu-

ern keine höheren Einnahmen gemacht, hätten wir einen Verlust von CHF 7 Mio. ausweisen müssen. Die Einnahmen bei den juristischen Personen sind in den letzten Jahren zurückgegangen. Jetzt ist dort zu hoffen, dass es uns gelingt, neue Firmen nach Baar zu holen.

Ein weiterer Grund für das positive Ergebnis liegt darin, dass der Personalaufwand um CHF 0.3 Mio. und die Abschreibungen um CHF 0.4 Mio. niedriger ausfielen als budgetiert. Der Sachaufwand war CHF 2.2 Mio. tiefer als budgetiert, auf der anderen Seite waren auch Entgelte um CHF 1.6 Mio. tiefer. Die Mindereinnahmen und Minderaufwände sind zum grossen Teil auf Corona zurückzuführen. Weiter war der Beitrag der Otto Beisheim-Stiftung um CHF 0.5 Mio. höher als budgetiert.

Die Gemeinde Baar weist per Ende 2020 ein Nettovermögen von CHF 196 Mio. aus. Es stehen grosse Investitionen in der Zukunft an. So werden in diesem Jahr an der Urne über den Baukredit Dreifachturnhalle Sternmatt 2, die Erweiterung der Schule Sternmatt 1 und den Neubau der Schule Wiesental abgestimmt. Diese drei Projekte zusammen kosten CHF 165 Mio.

Aufgrund der durchgeführten Prüfungen bestätigen wir, dass die Bilanz, die Erfolgsrechnung, die Investitionsrechnung und der Anhang mit der Buchhaltung übereinstimmen, die Buchhaltung ordnungsgemäss geführt ist, die gesetzlichen Vorschriften, Bestimmungen und Bewertungsgrundsätze eingehalten werden und die in der Bilanz ausgewiesenen Vermögenswerte vorhanden sind.

Wir empfehlen, die Jahresrechnung 2020 der Einwohnergemeinde Baar zu genehmigen und dem Gemeinderat Entlastung zu erteilen.

Nun zur Verwendung des Ertragsüberschusses: Die RGPK unterstützt einstimmig die zusätzlichen Abschreibungen des Verwaltungsvermögens von CHF 4 Mio., die Einlage in die freie Reserve von CHF 477'844.68 und die Vorfinanzierung von CHF 9 Mio. für den Neubau Schulhaus Wiesental. Die Unterstützung zusätzlicher Hilfsprojekte von CHF 200'000.– wird grossmehrheitlich gutgeheissen.

Die RGPK bedankt sich beim Gemeinderat und den gemeindlichen Angestellten, insbesondere dem Finanzsekretär Manuel Frei und der Gemeindeschreiberin Andrea Bertolosi, für die geleistete Arbeit sowie für die angenehme Zusammenarbeit im abgelaufenen Jahr.

Olivia Bühlmann

Im Namen der CVP möchte ich mich für die Anträge des Gemeinderates aussprechen. Die CVP Baar unterstützt die Anträge des Gemeinderates, die Jahresrechnung 2020 zu genehmigen, den Gemeinderat zu entlasten sowie den Ertragsüberschuss von CHF 13.7 Mio. gemäss Antrag zu verbuchen.

Das Jahr 2020 konnte die Gemeinde Baar entgegen der ursprünglichen Budgetierung mit einem Ertragsüberschuss von CHF 13.7 Mio. abschliessen. Der Ertragsüberschuss ist vor allem auf einen Einmaleffekt bei den Grundstückgewinnsteuern von CHF 20.7 Mio. zurückzuführen. Ohne diesen Einmaleffekt bei den Grundstückgewinnsteuern hätte die Gemeinde Baar aufgrund der tieferen Einnahmen bei den ordentlichen Steuern um einiges tiefer abgeschlossen. Der ordentliche Steuerertrag ist über CHF 10 Mio. weniger hoch ausgefallen.

Bei einer genaueren Betrachtung dieser Steuereinnahmen - Sie sehen diese auf Seite 10 in der Vorlage - fällt auf, dass sich im letzten Jahr bei den Steuereinnahmen genau das abzeichnet, was wir schon länger erwartet haben: Der Minderertrag ist insbesondere bei den Juristischen Personen zu suchen. Die beinahe CHF 4 Mio. weniger Steuereinnahmen bei den Juristischen Personen sind leider nicht hauptsächlich auf die Corona-Krise und die ausserordentliche Lage zurückzuführen. Sie sind darauf zurückzuführen, dass Gesellschaften fusioniert haben oder weggezogen sind. Das heisst, sie werden voraussichtlich in Zukunft nicht zurückkommen, es sei denn, es gibt Neuzuzüge oder Neugründungen von Unternehmen. Trotz dieser sich abzeichnenden eher schlechteren Ausgangslage, die uns in Zukunft sicherlich noch weiter beschäftigen wird, aber mit den vorhandenen Steuerreserven und den positiven Ergebnissen aus den letzten Jahren, dürfen wir zum heutigen Zeitpunkt aus Sicht der CVP Baar sicherlich nicht in eine Spar- oder Steuersenkungshysterie verfallen.

Erlauben Sie mir einige Punkte bereits heute im Rahmen der Rechnungsgemeinde zur Budgetgemeinde respektive zum Thema Steuersenkungen/Steuerabbatt, was sicherlich auch heute noch angesprochen wird. Aus Sicht der CVP Baar ist aufgrund der vorhandenen Steuerreserven von mehr als CHF 55 Mio. zum heutigen Zeitpunkt sicherlich noch nicht an eine Steuererhöhung zu denken. Falsch wäre es aber, zum heutigen Zeitpunkt, Stand 15. Juni 2021, über Steuersenkungen oder über einen generellen Steuerabbatt zu reden. Trotz dem positiven Ergebnis aus dem letzten Jahr zeichnet sich eine schwierige und anspruchsvolle Ausgangslage bei den Juristischen Personen ab. Dabei sollte wieder einmal erwähnt werden, dass in der Gemeinde Baar als einzige Gemeinde im Kanton Zug 50% der Einnahmen von den Gesellschaften kommt. Ebenso ist zu bedenken, dass wir die Corona-Krise zwar in gesundheitlicher Hinsicht hoffentlich bald überstanden haben, aber die wirtschaftlichen Folgen aus den Lockdowns definitiv noch nicht abschätzbar sind. Steuersenkungen und generelle Steuerabbatte helfen meistens denen, die in der wirtschaftlichen Situation Gewinn machen können und nicht denen, die die Unterstützung benötigen. Deshalb ist es aus Sicht der CVP viel wichtiger, dass sich der Gemeinderat überlegt, wie er für das nächste Jahr im Rahmen der Budgetierung direkte Unterstützung für das Gewerbe vornehmen kann. Ein Beispiel wäre, weiterhin auf die Alkoholsteuer zu verzichten. Ebenso ist es aus Sicht der CVP Baar wichtig, dass wir möglichst viele Baarer Corona-Härtefälle vermeiden können. Deshalb schauen wir zuerst, was das nächste halbe Jahr bringt, bevor wir über Steuersenkungen und -rabatte sprechen.

Zum Schluss möchte ich mich nochmals im Namen der CVP für die Anträge des Gemeinderates aussprechen.

Andreas Lustenberger

Für einmal kann ich es in Bezug auf die Rechnung kurz machen. Die Alternative – die Grünen Baar empfehlen, die Rechnung 2020 zu genehmigen und stimmen auch der Verwendung des Ertragsüberschusses zu.

Die Gemeinde Baar hat grosse Investitionen vor sich. Neben den Investitionen im Schulbereich denke ich hier zum Beispiel an Investitionen, die sich aus der laufenden Revision der Ortsplanung und aus dem kommunalen Gesamtverkehrskonzept ergeben werden. Gerade punkto Verkehr müssen wir in den kommenden Jahren schauen, dass die Sache nicht aus dem Ruder läuft. Während unsere Gemeinde und der gesamte

Kanton bevölkerungsmässig konstant wächst, ist leider vom kantonalen Verkehrskonzept der Zuger Regierung wenig zu erwarten. Wir brauchen keine weiteren Absichtserklärungen, sondern Investitionen in ÖV sowie in den Fuss- und Veloverkehr. Über letzteres sprechen wir heute Abend noch. Die Alternative – die Grünen Baar ermuntert den Gemeinderat bezüglich Investitionen, das Heft in die Hand zu nehmen und nicht auf kantonale Konzepte und nationale Strategien zu warten.

Wenn man die letzten Ankündigungen von der OECD und von der amerikanischen Regierung gehört hat, sind die Zeiten vom Frohlocken in der Steueroase endgültig vorbei. Das begrüssen wir natürlich. Nur mit Steuergerechtigkeit kommen auch weniger entwickelte Regionen weiter. Doch ich möchte auch den Mahnfinger heben, dass uns in der Schweiz nicht das Gleiche passiert wie dannzumal beim Bankgeheimnis. Es wurde so lange krampfhaft daran festgehalten, bis der Druck von aussen zu gross war. Besser jetzt proaktiv reagieren. Die kommenden Jahre werden in Bezug auf die Steuern eher von Unsicherheiten geprägt sein. Aktuell sind laut Zahlen vom SECO vom März noch immer 300'000 Menschen in der Schweiz auf Kurzarbeit. Erst wenn diese Kurzarbeit Ende Jahr ausläuft, wird sich zeigen, ob alle Unternehmen weiterhin funktionieren werden und ob alle Personen rasch wieder zur Arbeit zurückfinden. Prognostiziert von der nationalen Konferenz der Sozialhilfe, ist auch eine Zunahme bei der Sozialhilfe. Diese wird im Kanton Zug sicherlich weniger stark als in anderen Kantonen sein. Umso wichtiger ist es, dass sich die Gemeinde Baar weiterhin solidarisch zeigt und sowohl Hilfsprojekte im In- und auch im Ausland unterstützt.

Zum Schluss möchte ich im Namen der Alternative – die Grünen Baar meinen Dank an das gemeindliche Personal und den Gemeinderat aussprechen. Auch in diesem schwierigen Jahr 2020 waren sie flexibel und unsere Gemeinde hat bestens funktioniert.

Michael Arnold

Zur Rechnung gibt es nicht viel zu sagen. Es wurde bereits einiges erwähnt respektive alles schon gesagt, jedoch noch nicht von allen und deshalb sage auch ich noch etwas. Der Überschuss war einmal mehr massiv höher als budgetiert. Wir sind deshalb mittlerweile in einem Delta vom Budgetergebnis und vom effektiven Ergebnis von CHF 200 Mio. Es zeigt, dass es uns nicht so schlecht geht. Diesbezüglich hat die FDP Baar bereits einen Vorschlag gemacht, der an der Versammlung verworfen wurde. Entsprechend nehmen wir die Abweichung so zur Kenntnis wie auch das positive Resultat.

Etwas jedoch stört mich. Gerade wenn die RGPK Sondereffekte korrigiert und sagt, wir hätten sonst einen Verlust von CHF 7 Mio. gehabt, können wir nur einseitig Sondereffekte korrigieren. Wir haben Sondereffekte mit CHF 3 Mio. Vorfinanzierungen budgetiert. Wir haben als FDP angemerkt, wie auch die RGPK, dass es keinen Sinn macht, dass man Vorfinanzierungen budgetiert. Das ist ein Posten, der in einem Budget keine Relevanz hat. Beim Jahresabschluss spricht niemand mehr von diesen CHF 3 Mio. Der effektive Überschuss ist nämlich bei CHF 16.7 Mio. Das ist meiner Meinung nach erwähnenswert gegenüber dem Volk, auch in der Medienmitteilung. Es kann nicht sein, dass solche Dinge verschwiegen und irgendwo in der Rechnung «verwurstelt» werden. Wir haben CHF 59.7 Mio. Reserve für Vorfinanzierungen, CHF 57 Mio. generelle Reserven, CHF 109 Mio. Freie Reserve und ein Eigenkapital von insgesamt CHF 244 Mio. Dies entspricht notabene dem Steuersubstrat von zwei ganzen Jahren in der Gemeinde Baar. Wir können deshalb definitiv positiv in die Zukunft

schauen. Je nachdem wie der Ausblick auf das Jahr 2022 aussieht, könnten wir bei der Budgetdiskussion über eine Steuersenkung diskutieren. Das machen wir nicht heute, doch wir werden dies definitiv anstimmen. Wenn man nicht über eine Steuerfussenkung diskutieren möchte, dann sollte man im Budget auch nicht über eine weitere Einmalzulage oder sonstige Aufwandserhöhungen diskutieren.

Ansonsten stimmt die FDP allen Anträgen des Gemeinderates zu und dankt für die Arbeit der Verwaltung.

Michel Kalauz

Die SP Baar erachtet die Vorlage als gelungen. Die Präsentation und der Detaillierungsgrad sorgen für mehr Transparenz. An dieser Stelle ein Bravo.

Gerne möchten wir einige Anmerkungen auf den Weg geben. Auf Seite 8 vom Geschäftsbericht sehen wir ein Foto von der Geschäftsleitung. Dort erkennen Sie, dass unsere Geschäftsleitung weder geschlechtlich noch vom Alter her durchmischt ist. Wir sind überzeugt, dass die Gemeinde die besten Personen eingestellt hat. Doch wir bitten darum, dass zukünftig neben dem Kriterium Fähigkeit auch ein ausgewogener Geschlechter- und Altersmix beachtet wird.

Ich komme zum Gewinn. Wir von der SP empfinden die Verteilung des Gewinns als ausgewogen und sinnvoll. Es zeigt einmal mehr, wie privilegiert wir in unserer schönen Gemeinde sind. In dieser Corona-Situation einen Gewinn zu schreiben, ist bemerkenswert. Gerade in dieser Zeit ist es wichtig, dass wir uns solidarisch zeigen. Deshalb stellt die SP Baar einen Antrag, die Unterstützung der Hilfsprojekte um 1% zu erhöhen. Der vom Gemeinderat vorgeschlagene Betrag von CHF 200'000.– soll nochmals um 1% vom Gesamtgewinn, nämlich um CHF 136'778.– erhöht werden. So können zusätzliche Hilfsprojekte, vor allem im weniger privilegierten Ausland, unterstützt werden. Dieser Beitrag wäre dem Freien Eigenkapital zu entnehmen.

Wir hoffen, dass so viele Baarerinnen und Baarer wie möglich bereits bemerkt haben, dass die Gemeinde Baar inzwischen auf Social Media präsent ist. Zum Beispiel auf Facebook. Es ist wichtig, Baarerinnen und Baarer von allen Generationen auf möglichst vielen Plattformen zu begegnen. Der erste Schritt dafür ist gemacht, aber es geht noch weiter. Oder, in den Worten unseres Gemeindepräsidenten Walter Lipp: «Baar ist immer wieder offen für Neues».

Es gibt im Jahresabschluss sehr interessante Details zu lesen. Dazu gäbe es noch einige Anmerkungen zu machen. Da wir zeitlich limitiert sind, deshalb nur kurz die folgenden Punkte:

Personal-, Sach- und übriger Betriebsaufwand wurden für das Jahr 2020 gut budgetiert. Wir haben CHF 2 Mio. weniger ausgegeben als budgetiert. Die Verwaltung hat gute Arbeit geleistet. Langsam als traditionell kann man die Differenz zwischen der Investitionsplanung, also dem Budget, und der effektiven Investitionen bezeichnen. Es stellt sich bei uns die Frage, wo es harzt. Planen wir zu viel oder setzen wir nicht genug um? Oder gar beides? An dieser Stelle bitte ich um eine Antwort des Gemeinderates.

Dies bringt mich zur letzten Anmerkung. Investition ist das magische Wort. Wie wir alle bemerkt haben, und heute auch schon erwähnt wurde, wird der Druck auf steuerünstige Standorte immer grösser. Gerade wenn wir die Aussagen der G7 anschauen und auch unsere Steuerverteilung bei den Einnahmen. Wir müssen attraktiv bleiben

und attraktiver werden. Nicht nur bei den Steuern. Wir machen die richtigen Schritte. Wir investieren in Schulhäuser, Turnhallen, jedoch müssen wir noch weiter in die Infrastruktur investieren. In Baar und in die Baarerinnen und Baarer. Bitte bedenken Sie das, wenn wir in nächster Zeit wieder über eine Senkung des Steuerfusses debattieren. Wir müssen unseren Blickwinkel auf die mittel- und langfristige Zukunft richten. Gesellschaftlich wie auch wirtschaftlich.

Wir danken Ihnen, wenn Sie unseren Antrag unterstützen.

Beni Riedi

Selbstverständlich ist die SVP erfreut über diesen positiven Rechnungsabschluss. Der Gemeinderat begründet diesen ein weiteres Mal mit Sondereffekten. Irgendwann benötigen wir einen neuen Ausdruck dafür. Fakt ist, dass die Gemeinde Baar Jahr für Jahr Abermillionen an Überschüssen schreibt. Diese sind weit über dem Budget. Alleine die letzten vier Jahre waren das mehr als CHF 84 Mio. Vielleicht können sich die einen noch an die Auflistung von Michael Riboni erinnern, die genau das schon aufgezeigt hat. Ich werde es mit diesem Votum ein weiteres Mal sagen. Selbstverständlich haben wir grosse Bauvorhaben, die anstehen, wie die Schulhäuser Wiesental und Sternmatt 2. Doch diese sind bereits zu grossen Teilen vorfinanziert. Die SVP ist dezidiert der Ansicht, dass der Steuerzahler endlich etwas zurückbekommen sollte. Die Steuerzahler sind es nämlich, die zu diesen Ergebnissen beitragen und diese sollen auch etwas zurückbekommen. Sie haben das gute Resultat erzielt. Dementsprechend ist der Steuerrabatt überfällig und die SVP wird diesen Antrag an der Budgetversammlung auch wieder stellen.

Eine kleine Feststellung habe auch ich noch. Bereits im Jahr 2019 habe ich gegen die Schranke im Lättich interveniert. Entgegen des Gemeinderates, der gesagt hat, dass diese unbedingt in der Investitionsrechnung bleiben muss, ist sie noch immer nicht umgesetzt worden. Dementsprechend war es wohl auch dieses Jahr nicht so schlimm, dass sie noch nicht umgesetzt wurde.

Der Personalaufwand ist mittlerweile bei CHF 61 Mio. Wir haben rund 397.1 Hundertprozent-Stellen. Es sind natürlich mehr Mitarbeitende, doch diese sind auf Hundertprozent-Stellen gerechnet. Wenn wir den Personalaufwand durch diese 397.1 Hundertprozent-Stellen teilen, gibt das einen sagenhaften Betrag von mehr als CHF 150'000.– pro Hundertprozent-Stelle. Die Gesamteinnahme von den natürlichen Personen ist bei CHF 42.28 Mio. Das heisst, dass wir die Verwaltung nicht bezahlen können, auch wenn wir alle arbeiten und Steuern bezahlen. Das soll auch nicht sein, doch bringt es diese Zahlen in Relation. Der Geschäftsbericht ist dazu sehr interessant. Ich bitte Sie, diesen ebenfalls genau anzuschauen. Seite 35 mit den Steuereinnahmen von den Natürlichen Personen. Wir haben 15'092 steuerpflichtige Personen. Alleine ein Drittel von allen Steuerzahlern bezahlen keine Steuern. Unsere Einnahmen sind den Personen zu verdanken, die mehr bezahlen, also mehr verdienen, und den Firmen. Wir haben grosse Einnahmen bei den Juristischen Personen. 1777 Personen bezahlen keine Steuern, 4205 Personen bezahlen rund CHF 1.– bis 500.– Steuern. Das zeigt die Relation in unserer Gemeinde auf. Es ist wichtig, dass man das ebenfalls anschaut und nicht immer das «Reichen-Bashing» permanent wiederholt. Es zeigt auch, dass wir dank diesen Einnahmen viele Familien und den Mittelstand entlasten können. Das ist extrem wichtig. Die durchschnittlichen Steuern, die in der Gemeinde Baar bezahlt werden, sind bei

rund CHF 2400.–. Runtergerechnet auf diese Hundertprozent-Stellen einer Verwaltungsangestellten würde das bedeuten, dass rund 64 Durchschnittssteuerzahler arbeiten, dass eine Verwaltungsstelle mit den Personalkosten finanziert werden kann. Das ist nicht gegen die Verwaltung. Es ist jedoch wichtig zu sehen, was es braucht, damit wir die Verwaltung weiter betreiben können.

Es ist umso wichtiger, dass die Politik und der Gemeinderat und wir alle schauen, ob wir diese Stellen auch brauchen. Alleine in den letzten drei Jahren wurden 11 Hundertprozent-Stellen geschaffen. Die Aufgabe der Politik ist es, wie gesagt, zu schauen, ob wir diese brauchen oder nicht. Ein Beispiel ist die neu geschaffene Kommunikationsstelle. Es geht mir nicht um die Person, das ist mir wichtig, sondern um die Stelle selber. Im Bericht des Gemeinderates steht: «Die Schaffung der Kommunikationsstelle drückt sich bereits in Zahlen aus. Die Anzahl News-Meldungen auf der Website hat sich im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt, von 50 auf 91. Statt 8 Medienmitteilungen im Jahr 2019 wurden im vergangenen Jahr 41 Mitteilungen versandt». Der Gemeinderat bestätigt selber, wie wichtig diese Stelle ist. Ich bin als Kantonsrat auf dem Verteiler des Newsletters und erhalte die Medienmitteilungen. Ich bin auch bei der Regierung auf dem Medienverteiler wie auch in der Bildungskommission und Konkordatskommission und in allen Kommissionen in denen man so ist. Was von der Gemeinde Baar kommt, ist extrem viel. Es kommen Medienmitteilungen wie zum Beispiel: «Büelplatz, eine Baustelle für 4 Stunden. Auf dem Büelplatz werden von 20 bis ca. 24 Uhr zwei Schachtabdeckungen ersetzt» oder «Zwei Bäume bei der Zuger Kantonalbank werden neu gepflanzt». Man muss sich schon fragen, ob die Relation gegeben ist, dass diese Stelle geschaffen wurde. Dass solche Mitteilungen rausgehen und die Gemeinde informieren muss, ist uns von der SVP völlig bewusst. Nur konnte man es vorher ohne diese Stelle machen und die Abteilungen haben selber informiert. Man brauchte keine neue Stelle, zu der die Abteilungen gehen, damit diese zentralisiert kommuniziert. Effizienz ist nicht nur in der Privatwirtschaft, sondern vor allem auch in der Verwaltung ein sehr wichtiges Thema. Die SVP wird dort ein Auge darauf werfen.

Das gleiche ist Social Media. Wir haben es von meinem Vorredner der SP gehört. Natürlich ist auch uns aufgefallen, dass die Gemeinde Baar neu auf Facebook präsent ist. Und wir hören es alle Jahre, wie der Gemeinderat und die Parteien die Verwaltung loben. Auch ich bin davon überzeugt, dass die Verwaltung einen guten Job macht. Doch wenn Sie auf Facebook schauen, wer die Videos hoch lädt und wer in die Kamera lächelt, ist das nicht die Verwaltung, sondern der Gemeinderat. Was die SVP Baar sicher nicht möchte ist, dass die neu geschaffene Facebook-Seite als Wahlpropaganda für den Gemeinderat missbraucht wird. Auch hier werden wir ein Auge darauf werfen.

Auch uns ist aufgefallen, dass man bei den Anträgen die In- und Auslandhilfe aufstocken möchte. Man möchte CHF 200'000.– mehr in die In- und Auslandhilfe investieren. Dabei muss man bedenken, dass bereits CHF 400'000.– frei gegeben wurden. Es ist nicht so, dass wenn wir diesen Beitrag streichen oder ändern, nichts mehr in die In- und Auslandhilfe geht. Es geht um eine Erweiterung. Wichtig ist es auch zu wissen, dass die Schweiz CHF 3.5 Mia. in die Entwicklungshilfe bezahlt.

Für uns stossend war, dass gerade in der Corona-Zeit, in der das Gewerbe je nach Geschäftszweig überdurchschnittlich gelitten hat, der Gemeinderat die Parkgebühr erhöht hat, obwohl 600 Baarerinnen und Baarer sich dagegen ausgesprochen haben. Ich weiss von keiner Petition in Baar in den letzten 10 Jahren, die von mehr Bürgerinnen und Bürgern unterschrieben wurde. Selbstverständlich ist das stossend. Auf der einen

Seite erhöht man die Parkgebühren, obwohl man gute Zahlen hat, weil man es vereinheitlichen möchte und es einen besseren Durchfluss gibt. Es wird sich nichts ändern, ausser, dass die Gemeinde Baar mehr Geld einnimmt. Und auf der anderen Seite haben wir Mehreinnahmen und möchte diese dann ins Ausland verschenken. Das ist nicht im Sinne der SVP. Wir möchten, dass die CHF 200'000.–, die für die In- und Auslandhilfe wären, nur in die Inlandhilfe fliessen und man damit Baarer oder Schweizer Projekte unterstützt.

Einerseits können 600 Bürgerinnen und Bürger eine Petition unterschreiben und es passiert nichts, andererseits können 10 Personen fordern, dass eine Tempo-30-Zone geschaffen wird und diese wird umgesetzt. Auch der Ansatz der CVP, dass man auf die Alkoholsteuer verzichten sollte, ist komisch. Zuerst unterstützt man die Erhöhung der Parkgebühren und wenn man mehr Geld eingenommen hat, könnte man ja die Alkoholsteuer senken und umverteilen. Wir möchten gerne konsequent sein.

Die zusätzlichen CHF 200'000.– würden wir für die Inlandhilfe verwenden. Gerade in Zeiten von Corona ist es für uns wichtig, dass wir für Schweizerinnen und Schweizer und für Baarerinnen und Baarer schauen.

Martin Zimmermann

Die jüngste und kleinste Partei zum Schluss und vielleicht auch das kürzeste Votum. Wir haben nicht viel Zusätzliches zu berichten.

Wir alle unterstützen einstimmig die Anträge des Gemeinderates. Wir haben schon erwartet, dass ein Antrag auf Erhöhung der Hilfsgelder gestellt wird. Wir haben entschieden, dass wir diesen bis zu einem gewissen Betrag ebenfalls unterstützen möchten. Der von der SP genannte Betrag unterstützen wir. Uns ist es jedoch wichtig, dass die Beiträge nicht explizit ins Ausland gehen. Bei dieser Corona-Geschichte haben wir auch in der Schweiz stark Betroffene. Wir sprechen uns dafür aus, dass die Beiträge hälftig in die Inlandhilfe fliessen.

Bei der Rechnung möchten wir uns bedanken. Wir können positiv in die Zukunft schauen. Wir haben in den letzten Jahren viele Einmal-Renditen gehabt. Ich denke, dass sich die Corona-Situation erst in den nächsten Jahren richtig auf die Steuererträge auswirken wird. Wir können in diesem Jahr noch nicht viel zu diesen Effekten sagen. Ich würde deshalb, vorausschauend auf den Herbst, im Bereich von Steuererhöhungen nicht in Angst und Schrecken verfallen. Ich wäre aber auch zurückhaltend bei Steuerbatten. Das besprechen wir dann jedoch zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort.

Walter Lipp

Das Wort wird nicht mehr verlangt. Wir machen seitens Gemeinderat ein paar zusätzliche Ausführungen.

Ich äussere mich zur Kommunikationsstelle. Der Gemeinderat hat erkannt, dass wir in diesem Bereich Handlungsbedarf haben. Wir haben uns deshalb entschlossen, das professionell zu machen. Ich denke, dass gerade der Baum bei der Kantonalbank viele Personen interessiert. Es erspart uns sehr viel Arbeit, wenn wir proaktiv kommunizieren und der Bürger weiss, dass die Bäume krank waren. Denn sonst müssen wir 60 Telefonanrufe beantworten, warum wir diese schönen Bäume gefällt haben. Wenn wir kommunizieren, haben wir einen Hintergrund. Sie sollen informiert werden über Gutes

und vielleicht auch weniger Gutes. Wir haben in den letzten Jahren zurückhaltender kommuniziert. Die einen haben etwas gewusst, andere haben es am Dorftisch vernommen und jetzt kann man es aus der Zeitung entnehmen.

Der Gemeinderat hat sich dazu entschieden, auf Social Media zu gehen. Sie können auch meine Freundin oder mein Freund werden. Wir haben Richtlinien, wie man privat und wie man im Gemeinderat damit umgeht. Wir werden diese Kanäle nicht als Propaganda nutzen. Wir sind auch gerne bereit, unsere Richtlinien allen zur Verfügung zu stellen. Wenn ich ein Geschäft vertrete und mit der Gemeinde auf Social Media gehe, erlaube ich mir, ein paar Worte dazu zu sagen. Ansonsten kann ich Geschäft und Privat strikte trennen. Das sehen Sie in meinem Medienpunkt.

Beim Personal haben wir erkannt, dass wir teilweise geschwommen sind und die nötigen Ressourcen nicht zur Verfügung hatten, damit die, die Steuern bezahlen, ihre Dienstleistungen rechtzeitig, zeitgerecht und speditiv abrufen können. Auch hier kann ich Ihnen versichern, dass wir noch immer keine Däumchen drehen können. Davon sind wir weit entfernt. Wenn man im ganzen Kanton vergleicht, im Benchmark mit anderen Gemeinden, die ebenfalls öffentliche Aufgaben erfüllen dürfen und müssen, stehen wir immer noch sehr gut da. Ich stelle mich vor das Personal und verteidige dieses.

Pirmin Andermatt

Ich bedanke mich herzlich für die positive Aufnahme des Jahresabschlusses. Wir haben das Wort Einmaleffekt viel gehört. Möglicherweise muss sich der Gemeinderat wirklich überlegen, wie er einen möglichen zukünftigen Überschuss begründen möchte. Aber Spass bei Seite. Wir haben diesmal keinen positiven Einmaleffekt, sondern einen negativen Einmaleffekt bei den Natürlichen wie auch bei den Juristischen Personen gehabt. Der Gemeinderat hat bei der Budgetierung immer gesagt, dass auch das einmal passieren kann. Natürlich haben die Überschüsse in den vergangenen Jahren CHF 80 oder gar CHF 100 Mio. mehr ausgemacht, hier haben die Sprechenden Recht. Auf der anderen Seite brauchen wir das aber auch. Der Einmaleffekt, der diesmal nicht von den Natürlichen oder Juristischen Personen stammt, ist ein wichtiges Signal, das wir zusammen mit dem Kanton anschauen müssen. Wir müssen schauen, wie wir den Einmaleffekt in der Budgetierung berücksichtigen möchten. Wir rechnen damit, dass Neuansiedlungen von Juristischen und Natürlichen Personen kommen werden.

Damit komme ich zum Votum von Andreas Lustenberger. Mindeststeuer ist ein Thema. Bund wie auch Kanton haben Signale ausgestrahlt, dass man einerseits nicht gross Opposition dagegen machen wird, andererseits aber klar dieses Thema ernst nimmt und entsprechende flankierende Massnahmen zu erarbeiten beginnt. Die Details zur Mindeststeuer sind noch nicht bekannt.

Ein weiterer Punkt muss ich zurückweisen. Dieser kommt von Michael Arnold. Die CHF 3 Mio. Vorfinanzierungen sind nicht versteckt. Wir haben sie auf Seite 12 nochmals transparent aufgeführt. Im ersten Absatz sieht man, wie das Resultat von CHF 13.7 Mio. zustande gekommen ist. Sowohl in der Budgetierung wie auch hier in der Jahresrechnung wurde ausgeführt, was wir machen.

Beni Riedi hat die Seiten 35 und 36 erwähnt. Dort sieht man die Steuereinnahmen von Natürlichen und Juristischen Personen. Man sieht nochmals die Abhängigkeit. Bei den

Natürlichen Personen bezahlen 20% der Steuerzahler 80% der Gesamtsteuereinnahmen der Natürlichen Personen. Bei den Juristischen Personen bezahlen 10% der Juristischen Personen 90% der Steuereinnahmen.

Es wurde gesagt, dass wir endlich dem Steuerzahler etwas zurückgeben sollen. Ich habe nachgeschaut. Von 2009 bis 2019 haben wir den Steuerfuss von 60% auf 53% gesenkt. Also über 10%. Dazwischen gab es auch noch einen einmaligen Steuerrabatt von 4%.

Walter Lipp

Ich habe noch die Frage gehört, ob wir bei den Investitionen zu hohe Beiträge haben und diese nachher nicht auslösen. Ich gebe das Wort dem Bauchef.

Jost Arnold

Es ist in der Regel so, dass wir bei der Investitionsplanung annehmen, dass wir die Investitionen im nächsten Jahr ausführen. Es gibt jedoch auch Investitionen, die man im kommenden Jahr aus verschiedenen Gründen nicht tätigt. Wenn man diese nicht tätigt, erscheinen sie auch in der Rechnung nicht. Man hat sie dann einfach nicht gemacht.

Michael Arnold

Ich spreche normalerweise nicht nochmals nach dem Gemeinderat. Doch es wurde gesagt, dass ich eine falsche Aussage gemacht habe. Ich meinte nicht in der Rechnung, dort ist klar vorgeschrieben, wie wir es gemäss HRM2 ausweisen müssen. Ich habe gesagt, dass es in keiner Medienmitteilung und in keinem Interview gestanden hat. Wenn man gegenüber dem Bürger transparent kommuniziert, sagt man, dass der effektive Ertrag CHF 16.7 Mio. war, wir aber bereits CHF 3 Mio. Vorfinanzierungen budgetiert haben, deshalb summa summarum haben wir einen Überschuss von CHF 13.7 Mio. Das wäre transparent gewesen.

Anträge

1. Die Jahresrechnung 2020 der Einwohnergemeinde Baar sei zu genehmigen und dem Gemeinderat Entlastung zu erteilen.
2. Der Ertragsüberschuss 2020 im Umfang von CHF 13.7 Mio. sei im Jahr 2021 wie folgt zu verbuchen:
 - a) Zusätzliche Abschreibung des Verwaltungsvermögens: CHF 4'000'000.00
 - b) Einlage in das freie Eigenkapital: CHF 477'844.68
 - c) Unterstützung zusätzlicher Hilfsprojekte im In- und Ausland: CHF 200'000.00
 - d) Vorfinanzierung Projekt Neubau Schulhaus Wiesental: CHF 9'000'000.00

Beschlüsse

1. Die Jahresrechnung 2020 der Einwohnergemeinde Baar wird einstimmig genehmigt und dem Gemeinderat Entlastung erteilt.
2. Der vom Gemeinderat vorgeschlagenen Verbuchung des Ertragsüberschusses im Umfang von CHF 13.7 Mio. (a – d) wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Ein Antrag der SVP Baar, die Unterstützung zusätzlicher Hilfsprojekte im In- und Ausland nur für das Inland zu verwenden, wird nicht genehmigt.

Ein Antrag der SP Baar um Erhöhung der Unterstützung zusätzlicher Hilfsprojekte im In- und Ausland auf CHF 336'000.– wird abgelehnt.

Traktandum 4

Gebäude für die Schulergänzende Betreuung, Primarschule Sennweid – Genehmigung Baukredit

Die Vorlage des Gemeinderates vom 3. Mai 2021 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Roman Müller

Als Sprecher der Baukommission Baar darf ich Ihnen das Traktandum 4 für den Baukredit des Neubaus für die Schulergänzende Betreuung (SEB) im Schulhaus Sennweid näher erläutern.

Ausgangslage: Die schulergänzende Betreuung wird immer beliebter und im Zusammenhang mit den steigenden Schülerzahlen wuchs die Nachfrage innert einem Schuljahr von August 2017 bis 2018 um 318 Belegungen auf Total 1'949 Belegungen pro Woche. Im Schulhaus Sennweid nutzten im Schuljahr 2019/20 124 Schüler pro Woche oder 25 Schüler pro Tag dieses Angebot. In diesem Raum von 80 m² ist die heutige nochmals gestiegene Nachfrage nur schlecht abzudecken und stösst mit den heutigen Bedürfnissen von Mittagstisch, Morgen- und Abendbetreuung inkl. Erledigen der Hausaufgaben an ihre Grenzen. In Anbetracht, dass in der näheren Umgebung grössere Bauvolumen mit Wohnungen in Planung sind, muss gehandelt werden. Auch ist der bestehende Raum nicht als SEB Raum angedacht, sondern als Aufenthaltsraum für die Oberstufenschüler.

Standort: Im September 2018 wurden mögliche Optionen für mehr Platz für die Schüler durch das bestehende viel zu kleine Provisorium geprüft. In diesem Zusammenhang wurden auch Möglichkeiten für die Erweiterung der schulergänzenden Betreuung untersucht. Ein Landstück, dass für eine zukünftige Sennweidstrasse freigehalten, aber nie realisiert wurde, stellte sich hier als ideale Lösung heraus. Es wurden auf dem Areal auch andere Lösungen geprüft, die sich jedoch als deutlich schlechter herausstellten. Es wären zu grosse Investitionen für eine Anpassung von veralteten Provisorien nötig geworden. Auch wird mit dem neuen Standort der Erweiterung der bestehenden Schulanlage Rechnung getragen.

Entwicklung des Projekts: Ursprünglich war ein einstöckiger Pavillon mit 50 SEB Plätzen geplant gewesen. Da in der näheren Umgebung der Schule aber mehr als 300 neue Wohnungen geplant sind, stellte die Abteilung Schulen / Bildung an unsere Baukommission vom 2. September 2019 den Antrag, das Gebäude um ein Geschoss und 70 zusätzliche Plätze zu erweitern. Diesem Antrag stimmten wir in der Kommission einstimmig zu.

Bei der Überprüfung des Baugrundes stellte sich heraus, dass dieser eine schlechte Tragfähigkeit aufweist. Deshalb wurde das Projekt um eine Pfählung erweitert, um die Lasten direkt in den tieferliegenden tragfähigen Baugrund weiterzuleiten. Wir von der Baukommission haben schon mehrmals die fehlenden Lagerräume in der Gemeinde Baar für Vereine bemängelt und deshalb beim Neubau Schulhaus Sternmatt 1 beantragt, zusätzliche Lagerräume zu schaffen. Diesen Antrag stellten wir nun auch beim SEB Sennweid, um zu prüfen ob auf die Pfählung verzichtet werden kann, wenn ein zusätzliches Untergeschoss mit Lagerräumen gebaut wird. Die Prüfung des Bauingeni-

eurs ergab, dass mit einem zusätzlichen Untergeschoss dieselbe Wirkung wie mit einer Pfählung erzielt werden kann. Es ergeben sich dadurch zusätzliche Kosten beim Untergeschoss gegenüber der Pfählung von ca. CHF 780'000.– (Genauigkeit +/- 25%). Somit wird der Neubau um ca. 16% teurer, wir erhalten aber 480 m² Raum im UG, wovon Lagerräume für Vereine von gesamthaft 320 m² entstehen. An der Baukommissionssitzung vom 29. Juni 2020 stimmten wir der Variante mit dem Ausbau des UG einstimmig zu. Dies auch, da der Standort der neuen Räume für Vereine sehr attraktiv und mit Fahrzeugen gut erreichbar ist. Das UG wird über das Treppenhaus oder einen Warenlift erreicht.

Projekt- und Baubeschrieb: Das zweigeschossige Gebäude wird in Massivbauweise mit einer hinterlüfteten Holzfassade erstellt. Als Bodenbelag kommen pflegeleichte und beständige Materialien zum Einsatz. Das Gebäude SEB wird an die bestehende Fernwärmanlage angeschlossen. Auch wird das Versprechen des Gemeinderates beim Ablehnen einer Photovoltaikanlage auf dem Provisorium Sennweid Rechnung getragen und nun eine PV Anlage auf dem SEB realisiert.

Somit beläuft sich der neue Baukredit abzüglich des Projektierungskredites von CHF 100'000.– auf neu CHF 4'45 Mio. Zu beachten ist, dass sich der Baukredit den Teuerungen ab 1. April 2020 automatisch anpasst. Baumaterial verteuert sich in der momentanen Lage, wie sie sicher auch aus den Medien entnehmen konnten. Es ist zu hoffen, dass sich dieser Umstand gegen Ende Jahr wieder beruhigt.

Die Baustelle kann direkt durch die Deinikerstrasse erschlossen werden, womit das Schulareal durch die Bautätigkeiten nicht betroffen wird. Auch können der Schulbetrieb und die Schulwegsicherheit während der ganzen Bauzeit ohne Einschränkungen garantiert werden. Der Baubeginn ist auf Ende 2021 und der Bezug auf Mitte 2023 geplant.

Die Betriebskosten gemäss Aufstellung der Finanzabteilung in der Abstimmungsvorlage betragen inkl. Investitionen, Unterhalt und Gehälter ca. CHF 111'000.– pro Jahr, berechnet auf 33 Jahre, bis das Gebäude ganz abgeschrieben ist.

Fazit: Wir von der Baukommission begleiteten das Bauvorhaben SEB von Anfang an eng und konnten stets unsere Anregungen, Ergänzungen und Korrekturen anbringen. Anhand der vorhin erbrachten Fakten sind wir davon überzeugt, dass dieses Neubauprojekt für die Gemeinde Baar in mehreren Punkten einen markanten Mehrnutzen bringen und unzumutbare räumliche Zustände verhindern wird. Das vorliegende Projekt hat einen guten Planungsstand und die Baukommission stimmt dem Bauvorhaben einstimmig zu. Wir werden das Projekt in der Ausführungsplanung und Realisierung weiterhin eng begleiten und darauf achten, dass die Kosten eingehalten werden können.

Wir danken Ihnen für die Unterstützung und Annahme des vorliegenden Baukredites.

Jost Arnold

Danke Roman, für diesen Bericht. Ich habe eine kleine Korrektur. Die Kostengenauigkeit ist nicht bei +/- 25%, sondern bei +/- 15%.

Roman Müller

Es ging nicht um das ganze Projekt, sondern nur um den erwähnten Punkt. Bei den Mehrkosten von CHF 780'000.– beträgt die Kostengenauigkeit +/- 25%.

Thomas Gwerder

Die Ausgangslage für das SEB-Gebäude war ein einfacher einstöckiger Pavillon für 50 Kinder. Das Projekt wurde aufgrund der regen Bautätigkeit im Gebiet Sennweid und der erwarteten Zunahme der Schülerzahl um ein 2. Obergeschoss erweitert und bietet nun Platz für 120 Schülerinnen und Schüler. Aufgrund des schlechten Baugrundes hätte es aber bei zwei Stockwerken eine Pfählung gebraucht. Mit dem Bau eines Untergeschosses kann auf die Pfählung verzichtet werden und es entstehen Lagerräume für Vereine.

Die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission unterstützt einstimmig den Antrag für einen Baukredit von CHF 4'450'000.– für die Errichtung eines Gebäudes für die Schulergänzende Betreuung (SEB) bei der Schule Sennweid.

Urs Andermatt

Schon wieder Geld für ein Gebäude im Bildungsbereich. Die FDP Baar bedankt sich beim Gemeinderat und den Kommissionen für die Vorlage zum Neubau eines Gebäudes für die schulergänzende Betreuung. Wiederum stehe ich hier und plädiere für die Annahme eines Baukredits für unseren Bildungsbereich, um die notwendige Infrastruktur bereitzustellen. Die schulergänzende Betreuung ist im heutigen Bildungswesen ein wichtiges Angebot geworden. Immer mehr Familien sind in der Situation, in der sie dieses Angebot benötigen. Das Familienmodell verändert sich bereits seit Jahren. Beide Elternteile gehen ihrem Beruf nach, was auch richtig ist, denn beide haben dafür eine Ausbildung genossen und viel Zeit investiert. Somit braucht es die Möglichkeit, die Kinder länger als einen normalen Schultag extern betreuen zu lassen. Die Grosseltern leben oft auch nicht im selben Ort. Meist sogar in einem anderen Kanton. Die Nachbarn sind ebenfalls berufstätig. Die Betreuungssituation hat sich verändert und dieser müssen wir Rechnung tragen.

Das neue Gebäude für SEB im Sennweid wurde geplant und es steht jetzt die Genehmigung des Baukredites an. Das Schulhaus bietet Platz für 120 Schülerinnen und Schüler, welche betreut werden können. Aus den Unterlagen können Sie entnehmen, wie der Hergang für den aktuellen Bau und den vorliegenden Baukredit ablief. Die FDP Baar findet es lobenswert, dass bei diesem neuen Gebäude ein Maximum realisiert wird. Die verfügbaren zusätzlichen Räume im Untergeschoss für Vereine machen absolut Sinn. Es wäre schade, diese weg zu lassen, um dann in ein paar Jahren festzustellen, dass diese doch notwendig gewesen wären. Die entsprechenden Kommissionen sprechen sich auch positiv für diese Lösung aus. Gemäss den Unterlagen können Sie entnehmen, dass die Differenz zwischen einer Pfählung ohne Untergeschoss und der Realisierung des zusätzlichen Untergeschosses gering ist, wenn man den Nutzen anschaut. Das Gebäude kann dadurch stabil fundiert werden. Und mit einem Seitenblick auf die schlechte Fundierung im bestehenden Schulhaus Wiesental, ist das auch ein wichtiger Punkt. Wir bauen jetzt im Wiesental ein neues Schulhaus. Ebenfalls entschied sich die Baukommission einstimmig für das zusätzliche Untergeschoss.

Der Baubeginn kann Ende 2021 starten und das Gebäude sollte Mitte 2023 bezugsbereit sein. Das erachtet die FDP als speditiv und in Ordnung.

Ich möchte an dieser Stelle noch etwas im Zusammenhang mit der Schulraumplanung für die Zukunft erwähnen. Für die FDP Baar ist die Ausbildung der nächsten Generationen ein sehr wichtiges Thema. Wir setzen uns seit längerem dafür ein. Eine gut ausgebildete Jugend sichert unseren Lebensstandard auch in der Zukunft. Wer bei diesen Kosten spart, spart am falschen Ort. Die Ausbildung ist in einem stetigen Wandel und dieser geht schnell voran. Darauf müssen wir reagieren. Daher stellt die FDP regelmässig Fragen an die Gemeinde Baar und wird es auch in Zukunft tun. Geschehen diesen April, als wir per E-Mail verschiedene Punkte aufgeworfen und Fragen gestellt haben. Doch leider sind entsprechende Antworten auf die gestellten Fragen noch ausstehend. Hier sollte die Gemeinde Hand bieten und diese für die Parteien wichtigen Fragen schnellstmöglich beantworten. Aus Erfahrungen sollte man lernen.

Es ergeben sich aktuell sehr hohen Kosten für all die neuen Schulräume, welche geplant werden. Wir haben es gehört: Wir geben für die Schulhäuser Sennweid, Wiesental, Turnhallen etc. viel Geld aus. Bei fast jedem Schulhaus in Baar wird gebaut oder erweitert. Der Gemeinderat sollte verstanden haben, dass Bildung Raum braucht. Die FDP Baar erwartet hier vom Gemeinderat eine regelmässige Information bezüglich Schulraumplanung. Wir möchten nicht jedes Mal nachfragen. Auch Social Media könnte dafür verwendet werden.

Die FDP Baar bedankt sich für Ihr Ja zum Baukredit in der Höhe von CHF 4'450'000.–.

Gaby Billing

Wir von der SP Baar sind froh, dass die Gemeinde auf das Bevölkerungswachstum rund um das Schulhaus Sennweid reagiert und ein modernes Gebäude für die schulergänzende Betreuung realisieren möchte. Mit diesem Schritt kann man einen Teil von dem, was letztes Jahr verpasst wurde, aufholen.

Eine gute schulergänzende Betreuung gehört heutzutage einfach zu einer modernen Gemeinde. Gerade wenn wir hören, dass über eine internationale Steuerharmonisierung gesprochen wird, ist es umso wichtiger, dass Baar eine sehr attraktive Gemeinde bleibt. Das hat auch Regierungsrat Heinz Tännler letzte Woche im 10 vor 10 gesagt. Eine grosszügige schulergänzende Betreuung ist heutzutage einfach zwingend und für die Attraktivität einer Gemeinde wichtig.

Was uns an diesem Gebäude auch gefällt, ist der zusätzliche Platz für die Baarer Vereine. Es gibt viel Lagerplatz. Auch der Nachhaltigkeit wird Rechnung getragen, was wir sehr schätzen. In unseren Augen ist es ein rundum gelungenes Projekt, das wir von der SP Baar nur unterstützen können.

Wenn Sie das Bild in der Präsentation anschauen, sehen Sie eine Strasse. Dort steht gross «Schule». Uns bereitet die Sicherheit der Schulkinder Sorgen. Die Verkehrssituation rund um das Schulhaus ist bereits heute sehr angespannt. Es hat mich gefreut, als ich vorhin von der Baukommission gehört habe, dass bezüglich Bauverkehr bereits Überlegungen vorgenommen wurden. Doch schon jetzt ohne Bauverkehr und mit weniger Wohnungen ist die Situation dort sehr hektisch. Wir hoffen, dass weitere verkehrsberuhigende Massnahmen rund um das Schulhaus Sennweid vorgenommen werden können. Man könnte beispielsweise einen Pfosten bei der Eisenbahnbrücke erstellen, beim Viktoria-Areal, um so den Schutz der Schülerinnen und Schüler zu erhöhen. Wir hoffen deshalb, dass die Gespräche, die in den letzten Wochen zwischen den Nachbarn und der Gemeinde geführt wurden, zu wirkungsvollen Massnahmen führen.

Die SP Baar ist bekannt dafür, dass sie in die Zukunft schaut. Deshalb hat sie eine Motion eingereicht, die es ermöglicht, dass die Gemeinde beim Kauf von Immobilien mit Privaten gleichgestellt ist. Wir müssen uns bewusst sein, dass wegen der grossen Bauprojekte, zum Beispiel Obermühle oder Spinni, die Bevölkerung weiterwachsen wird und die Nachfrage nach Schulraum, nach Alterswohnungen, nach Freizeitanlagen etc. weiter steigen wird. Dort ist es wichtig, dass die Gemeinde bei Immobilienkäufen flexibel reagieren kann.

Wir danken dem Gemeinderat für dieses rundum gelungene und durchdachte Projekt für die schulergänzende Betreuung beim Sennweid und hoffen, dass es auch bei Ihnen die nötige Unterstützung findet und umgesetzt werden kann.

Martin Zimmermann

Die glp Baar begrüsst natürlich den Baukredit für die schulergänzende Betreuung. Ein gutes Angebot stellt den richtigen Eckpfeiler in die sich veränderten Rahmenbedingungen unserer Gesellschaft in Baar und ist auch volkswirtschaftlich ein Gewinn. Es ist kein Angriff auf die traditionelle Familie, wie es von gewissen Exponenten immer wieder behauptet wird. Ein gutes Angebot für einen ausgewiesenen Bedarf trägt viel zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zur Gleichstellung der Geschlechter und gegen den Fachkräftemangel bei.

Baar muss ebenfalls am bisherigen und zukünftigen Wachstum Rechnung tragen. Im Himmelrich, Spinnerei, Obermühle, Unterfeld etc. entstehen in den nächsten Jahren Wohnungen für viele, viele neue Baarerinnen und Baarer.

Die Schulraumplanung oder die Turnhallenplanung hat genug Jahre hinterhergehinkt und seien wir doch nun vorausschauend und proaktiv. Deshalb begrüssen wir auch die grosszügigen Erweiterungen mit der Unterkellerung und dem 2. Stock. Das macht eine gute und agile Gemeinde aus.

Die glp wäre aber nicht die glp, wenn sie nicht noch einen Tick mehr Pro-Aktivismus einsetzen würde. Wir stellen deshalb einen Antrag. Wir möchten nicht nur auf dem Dach des Gebäudes, sondern auch an einem gut ausgerichteten Teil der Fassade Süd eine Photovoltaik-Anlage einrichten. Die Südfassade oberhalb der oberen Fensterfront wäre dazu zu berücksichtigen. Fassadenphotovoltaik liefert insbesondere im Winterhalbjahr, besonders von November bis Februar, mehr elektrische Energie, als eine Dachphotovoltaikanlage und ist somit eine ideale Ergänzung und ein Beitrag zum drohenden Stromengpass im Winter. Über das Jahr gerechnet erreichen aber auch Fassaden-Anlagen ungefähr 85% von einer flach ausgerichteten Dach-Anlage und sind ebenfalls eine lohnende Investition. Dies vor allem, weil man auch teilweise auf Fassadenelemente verzichten kann und nicht einfach etwas aufs Dach kommt.

Mit dieser kleinen Fassaden-Anlage könnte die Gemeinde auch gleich Erfahrungen sammeln und diese allenfalls in weitere Projekte, zum Beispiel Schulhaus Wiesental, einfließen lassen. Die Beschattung durch die umliegenden Objekte stellt kein Problem dar. Die Strasse und die umliegende Wohnzone 3 mit einer maximalen Gebäudehöhe von 13 m wird auch auf die nächsten Jahre oder Jahrzehnte eine schattenfreie Ausrichtung garantieren. Lediglich der geplante Baum auf der Südseite müsste allenfalls überdenkt werden.

Wir stellen deshalb den Antrag, dass der Baukredit um CHF 50'000.-- erhöht werden soll, um die Machbarkeit einer Erweiterung der Photovoltaikanlage im oberen Bereich

der Fassade, namentlich an der Südfassade oberhalb der Fensterfront der 2. Etage, zu prüfen, und diese auch umzusetzen. Allfällige Optimierung an der Bepflanzung zur Vermeidung der Beschattung sollen ebenfalls vorgenommen werden.

Danke für die Berücksichtigung unseres Antrags und für die Planung dieser Anlage.

Anna Lustenberger

Unsere Partei, die Alternativen – die Grünen, stimmt dem Neubau für die schulergänzende Betreuung vorbehaltlos zu. Im Jahr 2023 sollte dieser eröffnet werden.

Ich war selber vier Jahre, bis 2016, Mitarbeiterin in der schulergänzenden Betreuung Sennweid. Schon damals war an gewissen Tagen die Situation mit vielen Kindern sehr unbefriedigend. Schon damals haben an manchen Tagen mehr als 20 Kinder in einem Zimmer von 80 m² zusammen zu Mittag gegessen. Es brauchte sehr strenge Regeln, um einigermaßen in einer angenehmen und geordneten Atmosphäre zusammen zu Mittag zu essen. Im gleichen Raum erledigten nachher Schulkinder die Hausaufgaben. Regnete es, mussten wir uns mit den kleineren Kindern etwas einfallen lassen. Oft haben wir draussen unter dem Dach der Veloabstellplätze gespielt. Dort war es trocken. Schliesslich durften wir die Schulkinder nicht stören.

Und jetzt hat die Zahl der Kinder sogar noch zugenommen. Ich bin überzeugt, die Betreuerinnen werden auch in dieser prekären Situation das Beste versuchen zu machen. Aber das zerrt an den Kräften. Noch zwei weitere Jahre wird es so bleiben. Ich wünsche den Betreuerinnen, und allenfalls Betreuern bis dann, trotzdem viel Freude mit den Kindern und ein gutes Durchhalten.

Dieser Pavillon ist dringend notwendig. Und es ist gut, dass die Siedlungsentwicklung Obermühle und Spinnerei einberechnet wurde. Es ist gut, dass die Zahl der Kinder, die teilnehmen können, auf 120 Kinder aufgestockt wurde. Trotzdem wage ich meine Frage: Reicht diese Berechnung wirklich? Gibt es allenfalls Ausbaumöglichkeiten? Es wäre dumm, wenn die Gemeinde Baar nach ein paar Jahren wieder hinterherhinkt, weil es zu wenige Plätze hat. Ich bin sicher, dass die SEB, also die schulergänzende Betreuung, zur Normalität einer Familie gehört. Das wurde auch heute gesagt und darüber bin ich froh. Viele Familien kommen aus dem Ausland. Diese Familien kennen nichts Anderes. Aber auch hiesige Baarer-Familien sind immer mehr auf dieses Angebot angewiesen.

Ich nehme noch Bezug auf einen Zeitungsartikel vom 25. Mai in der Zuger Zeitung. Dieser hat mich stutzig gemacht. Dort war folgendes geschrieben: «Wegen der hohen Zahl an Anmeldungen für Mittagstisch, Morgen- und Nachmittagsbetreuung sind an verschiedenen SEB Standorten die Platzverhältnisse prekär». Das gilt auch für die Primarschule Sennweid. Meine Frage: Wo sind die weiteren prekären Verhältnisse bei SEB- Standorten? Natürlich weiss ich, dass es irgendwann wieder neue Schulhäuser gibt. Aber sind die prekären Verhältnisse jetzt vorhanden? Und werden diese Situationen auch bald geändert? Oder eine andere Frage, wie sieht es generell an diesen Plätzen aus, wo geht es sehr gut mit der Anzahl der Plätze? Ich danke bereits jetzt der Schulpräsidentin für diese Antworten.

Als letztes: Auf dem Dach des SEB-Gebäudes wird eine Photovoltaik-Anlage erstellt. Diese hat der Gemeinderat bereits an der Gemeindeversammlung vom Dezember 2019 in Aussicht gestellt. Leider hat damals die Gemeindeversammlung einen Antrag

der Alternative – die Grünen abgelehnt, auch auf dem Ergänzungspavillon für die Primarschule eine PV-Anlage zu installieren. Es ist für uns erfreulich, dass nun die PV-Anlage ein integrierter Bestandteil des Baukredits ist, und nicht in einem Zusatzmodul darüber abgestimmt werden muss. Dieses Vorgehen sollte in Zukunft selbstverständlich sein, dass neue und sanierte Gebäude der Gemeinde mit einer PV-Anlage ausgerüstet werden. Denn nur so kann die Gemeinde Baar ihre Vorbildfunktion als Gold-Energiestadt auch wirklich zeigen.

Ich danke dem Gemeinderat, wenn er meine Fragen noch beantworten kann. Wir werden auf jeden Fall dem Pavillon zustimmen.

Hans Küng

Bei der modularen Tagesschule oder bei der schulergänzenden Betreuung, wie sie in Baar heisst, können sich Eltern Leistungen einkaufen. Das heisst, dass diese Leistungen auf den Bedarf der Familien angepasst sind. Diese können beispielsweise der Mittagstisch oder die Nachmittagsbetreuung sein. Das Modell der schulergänzenden Betreuung ist für die SVP unbestritten und die Zahlen zeigen auf, dass die Angebote auch bei den Eltern in Baar gefragt und gebraucht werden.

Weiterhin vehement wehren wird sich die SVP gegen das System, das aktuell auf der Stufe Kantonsrat diskutiert wird. Das System einer ganzheitlichen Tagesschule, die vor allem von Mitte-Links gefordert wird. Dieses würde bedeuten, dass alle Kinder per se bei der ergänzenden Betreuungsstruktur angemeldet sind und die Eltern aktiv werden müssen, damit die Kinder herausgenommen werden können. Das geht uns zu weit und widerspricht unserem Familienverständnis. Vermutlich würden dann auch nicht nötige Angebote aus lauter Selbstverständlichkeit genutzt werden. Das ist der falsche Ansatz.

Die modulare Tagesschule, wie wir sie in Baar haben, steht für uns ausser Frage und der Baukredit von CHF 4.45 Mio. wurde von der Baukommission sorgfältig geprüft. Dass im Untergeschoss des Gebäudes auch noch Baarer Vereine profitieren können, sehen wir als Mehrwert.

In diesem Sinne: Eine gute Gesellschaft braucht für die Kinder auch funktionierende Vereine. Diese wiederum sind auf die Infrastruktur angewiesen. Somit bedankt sich die SVP Baar und wird die Vorlage unterstützen.

Claudia Uhlmann

Für mich ist es das erste Mal, dass ich hier etwas sage. Sie werden es mir verzeihen, wenn ich etwas nervös bin.

Ich bin aus zwei Gründen hier. Einerseits als Fachfrau, ich bin Lehrerin, und andererseits als Anwohnerin der Deinikonstrasse. Ich beginne mit meinem beruflichen Hintergrund.

Das Schulhaus Sennweid ist heute schon sehr gross und bietet vielen Kindern die Möglichkeit des Schulbesuches. Mit den Wohnungen, die auf dem Hotz-Areal, also im Oberdorf und in der Spinni geplant sind, werden das offenbar noch viele mehr sein. Aus meinen Erfahrungen in verschiedenen Schuleinheiten ist das Schulhausklima in kleinen und übersichtlichen Schuleinheiten generell besser. Dies sowohl im Lehrer-

team wie auch unter den Schülern bis hin zu den Eltern. Es ist einfach noch persönlicher und unterstützt auch oft das Klima des gesamten Quartiers. So verstehe ich nicht, warum nicht im Gebiet Spinni eine Möglichkeit für einen Schulhausbau angestrebt wird. Dies würde, wie schon erwähnt, die Personen in den Quartieren unterstützen und die Familien verbinden. Dies wird auch in der Ortsplanung angestrebt. Auch würde dies eventuell die vielen Mütter-/Vätertaxifahrten in die Schulhäuser mindern. Da wir davon ausgehen, dass Baar nach diesen neuen Wohnungen noch nicht zu Ende gewachsen ist, wäre dieses Schulhaus auch eine Sicherheit für genügend Schulraum in der Zukunft. Dann könnten verschiedene Schulhäuser aufgestockt werden und nicht nur eines Zentral. Im Moment kommt es mir vor, dass sich alles auf dieses Areal Sennweid konzentriert.

Jetzt spreche ich als Anwohnerin. Als Anwohner der Deinikonerstrasse sind wir schon heute grossen und schier ununterbrochenen Lärmemissionen ausgesetzt. Dies einerseits wegen dem Verkehr auf der ums Schulareal in beinahe rechteckigen Winkeln geführten Strasse und wegen den Schwellen, die zu vermehrtem Gasgeben und Bremsen führen. Dazu kommt der Freizeitverkehr am Wochenende und der Motorradtreffpunkt am Samstag mit den laufenden Maschinen und noch sehr viel mehr. Zudem sind das Schulhaus und der Parkplatz fast immer stark belegt. Laute Schüler sind okay, das gehört dazu. Aber es gibt auch mit lauten Maschinen ausgeführte Wartungsarbeiten, die mit einigen Änderungen minimiert werden könnten. Freizeitsportler und weitere Personen verwandeln mit ihren Musikanlagen oftmals das Areal in eine Partymeile. Ich habe wirklich nichts gegen ein friedliches Beisammensein, jedoch laden die lauschigen Sitzplätze, die bis weit in die Nacht hinein beleuchtet werden, zu endlosem Verweilen ein. Ganz neu habe ich nach langem Suchen entdeckt, dass es zwei Tafeln mit Regeln gibt. Diese Regeln sind zwar nur auf kleinen Tafeln ersichtlich, die hoch oben und schlecht platziert sind. Wenn ich den Kindern sage, sie sollen bitte die Musik leiser stellen oder ganz abstellen, das sei nicht erlaubt, schütteln sie den Kopf und fragen, wer das sage. Es gibt Regeln, aber auf beiden Tafeln sind sie nicht gleich. Was mich sehr stutzig gemacht hat. Zudem habe ich noch nie erlebt, dass das Einhalten selbiger kontrolliert wird. Meine Idee im Hinblick auf den Mehrverkehr, der den Neubau Tageschule und die Vereinsräume sicherlich mit sich bringen, ist daher, dass die Deinikonerstrasse in Zukunft für die motorisierten Fahrzeuge nicht mehr auf beide Seiten durchgängig ist, sondern zu einer Einbahnstrasse gemacht wird. Dies würde unser Quartier sicherlich aufwerten und eventuell würde sich mancher überlegen, ob er wirklich mit dem Auto die Strecke hinter sich bringen möchte.

Ich wäre auch bereit, in einer Kommission beratend zur Seite zu stehen. Ich denke, die Mitglieder der Baukommission haben noch nie erlebt, was wir erleben. Ich weiss, es hört sich wie eine Spielverderberin an. Ich verstehe auch alle Argumente für diesen Bau und sehe die Wichtigkeit. Doch mir passt die Zentralisierung wirklich nicht. Ich denke auch, dass man dem Steuerzahler etwas zurückgeben könnte. Das müsste ja nicht immer eine Steuerminderung, sondern könnte auch Lebensqualität sein.

Mirjam Arnold

Ich halte mich kurz und äussere mich auch lediglich zu den hier relevanten Vorlagen der Gemeinde.

Die CVP Baar unterstützt den Baukredit für die schulergänzende Betreuung im Schulhaus Sennweid, dies vor allem vor dem Hintergrund, dass sich die CVP schon lange für

die Vereinbarkeit von Beruf und Familie einsetzt. Dass der Bedarf besteht und in Zukunft auch noch ansteigen wird, ist in Anbetracht der Realisierung von über 300 Wohnungen auf dem Obermühle-Areal und der ehemaligen Spinnerei unbestritten. Es ist daher sinnvoll, dass beim Primarschulhaus Sennweid dieser Ausbau vorgenommen wird.

Die Verkehrssicherheit ist uns ebenfalls wichtig, aber der Verkehr muss trotzdem noch fliessen. Hier muss man ein gesundes Augenmass walten lassen. Das Projekt zeigt auf, dass die Verkehrssicherheit gewährleistet ist und keine weiteren Massnahmen notwendig sind.

Es freut uns, dass der Gemeinderat das Anliegen der Baukommission für Lagerräume für die örtlichen Vereine, ernst genommen und in die Planung einbezogen hat.

Zum Schluss möchten wir noch einen Kommentar zu den Kosten abgeben. Diese bewegen sich wohl eher an einem oberen Limit. Aus diesem Grund möchten wir den Gemeinderat bitten, dass das Projekt sehr eng von der Baukommission begleitet wird und damit die demokratische Legitimation dieses Projektes gestärkt wird.

Beni Riedi

Ich habe nur eine Frage. Es wurde ein Antrag betreffend Aufstockung der PV-Anlage seitens glp gestellt. Ich bin ein Befürworter von PV-Anlagen und ich habe eine grosse Affinität und geschäftlich mit dieser Branche zu tun. Vor allem bin ich dafür, dass wir die Überschüsse der Gemeinde sinnvoll investieren. Hier kommt jedoch mein Aber: Wir sollten eine PV-Anlage so bauen, dass wir den Strom selber verbrauchen können. Hier gehe ich davon aus, dass der Gemeinderat die PV-Anlage so dimensioniert hat, dass der Eigenbedarf gedeckt ist. Wir müssen als Gemeinde nicht eine übergrosse PV-Anlage finanzieren und den Strom dann ins Netz einspeisen. Dann bekommen wir nämlich noch 7 oder 8 Rappen Einspeisevergütung. Wenn wir den Strom aber selber verbrauchen, sparen wir Geld und es ist sinnvoll für die Zukunft. Ich bin dafür, dass Objekte so betrieben werden. Ich frage mich noch immer, warum das Altersheim Martinspark keine PV-Anlage hat, obwohl man auch schon darüber diskutiert hat. Diese kochen, waschen und haben einen hohen Verbrauch. Das wäre doch sinnvoll.

Auf dem SEB-Gebäude haben wir bereits eine PV-Anlage und es kommt der Antrag, diese PV-Anlage zu erweitern. Deshalb frage ich den Antragsteller: Hat man analysiert, ob der Strom mit dieser zusätzlichen PV-Anlage für den Eigenbedarf gebraucht wird oder wird dieser ins Netz eingespiesen? Das ist für die Rendite extrem relevant. Sonst bin ich eher dafür, dass wir uns dieses Geld sparen und an einem Ort einsetzen, wo es sinnvoller ist und die Mehrheit und Allgemeinheit auch profitieren können.

Michael Arnold

Ich möchte mich der Meinung von Beni Riedi und vor allem Anna Lustenberger anschliessen, die gesagt hat, dass es löblich ist und der Gemeinderat in dieser Hinsicht seine Hausaufgaben gemacht hat. Wenn wir hier an der Gemeindeversammlung anfangen in den operativen Teil einzugreifen, ist das sicher nicht gut. Das ist Sache der Verwaltung und diese wird sich ihre Überlegungen und Planungen gemacht haben. So viel Vertrauen habe ich in den Gemeinderat. Aus diesem Grund bin ich gegen den Antrag der glp.

Martin Zimmermann

Danke für diese interessanten Wortmeldungen – diese machen die Gemeindeversammlung lebendig. Beni Riedi, wir haben schon einige Male über solche Dinge diskutiert. Es gibt noch Funktionen, womit man untereinander handeln kann. Das ist eine Möglichkeit bei einem Überbedarf, damit nicht zu einem sehr niedrigen Tarif eingespiessen werden muss. Die Gemeinde ist ein sehr grosser Verbraucher. Wir haben es Überschlagsmässig angeschaut. Es wäre eine kleine Vergrösserung und auch eher als Pilot gedacht, damit man Erfahrungen für grössere Anlagen sammeln könnte. Es geht um maximal CHF 50'000.–, also von CHF 4.45 Mio. auf CHF 4.5 Mio.

Warum Fassadenvoltaik? Ich möchte dem Bauchef keine gute Evaluation absprechen. Doch man spricht noch sehr wenig von diesen Möglichkeiten. Man denkt immer ans Dach und fertig. Der Gedanke muss aber weitergehen. Wie auch schon gesagt, im Muotathal gibt es PV-Anlagen an den Geländern vom Balkon. Es gibt viele Möglichkeiten und man sollte weiterdenken, als an das, was heute Standard ist. Man spricht immer von der Stromlücke im Winter. Dies wäre eine ideale Möglichkeit, einen kleinen Versuch zu starten und zu schauen, wie sich das auswirkt. Auf diesen kleinen Betrag könnten wir doch etwas mehr Innovationsgeist zeigen, als das langweilige Dach. Nicht dass ich es absprechen möchte, es ist super. Es wäre einfach etwas mehr für unseren Energiestadt Gold-Status und vom Betrag her macht es ja fast nichts aus.

Walter Lipp

Martin, Du kannst mir noch etwas beantworten. Wir sollen für CHF 50'000.– die Machbarkeit abklären. Doch wenn es möglich ist, brauchen wir noch das entsprechende Geld? Oder wie stellst Du Dir das vor?

Martin Zimmermann

Wir möchten mit diesem Antrag sagen, dass wenn etwas dagegensprechen würde, dann müsste man es natürlich nicht machen. Die CHF 50'000.– sind einige Fassadenelemente. Da der Baukredit bereits relativ hoch ist, wollten wir ihn nicht noch viel mehr erhöhen. In diesem Rahmen sollte es möglich sein. CHF 50'000.– wäre inklusive Realisation, wenn es umgesetzt werden kann. Wenn es einen guten Grund gibt, der gegen die Anlage spricht, würden wir das auch akzeptieren.

Walter Lipp

Machbarkeit heisst somit nicht nur Machbarkeit, sondern auch Realisation. Ich komme auf den Antrag zurück. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und ich gebe dem Bauchef das Wort.

Jost Arnold

Die Photovoltaikanlage ist auf dem Dach des SEB-Gebäude geplant. Und wie ich Ihnen schon gesagt habe, machen wir über die gesamte Anlage Sennweid eine Studie. Dort wird man auch die Fassade anschauen. Wir möchten Ihnen dann ein Gesamtprojekt

über die Schulanlage Sennweid mit Photovoltaikanlage vorstellen. Wenn Sie den Grundriss von Erdgeschoss und Obergeschoss anschauen, sehen Sie, wie viele Fensterflächen geplant sind. Wenn man Fensterflächen für die Elemente vorbauen müsste, müsste man das wieder als Gesamtes anschauen.

Ich bitte Sie, dass Sie dem vorliegenden Antrag des Gemeinderates für das SEB-Gebäude zustimmen. Schauen wir nachher die Anlage mit der Photovoltaikanlage gesamthaft an. Natürlich ist es ein kleiner Betrag, jedoch bringt es im Verhältnis zu wenig, da wir wenige Flächen haben. Ich gebe Dir Recht, dass es nur ein Versuch wäre, doch ich bin auch noch Ästhet und das SEB-Gebäude würde dann nicht mehr so daherkommen, wie es jetzt ist. Wenn Sie die Bilder anschauen, macht dieses einen freundlichen Eindruck.

Das was die glp fordert, ist eine gute Forderung. Doch gebt uns die Chance, alles beim Gesamtprojekt Schulanlage Sennweid mit Photovoltaikanlage anzuschauen.

Es wurde von Anna Lustenberger eine Frage zur Erweiterung SEB gestellt. Die SEB kann nochmals Richtung Norden erweitert werden. Wir haben dort Land und es ist auch so angedacht.

Die Überlegungen zur Rendite von Beni Riedi entsprechen meinen Gedanken. Ich denke, man muss die Photovoltaikanlage dort machen, wo es Sinn macht und sie in das Gesamtkonzept passt.

Sylvia Binzegger

Es wurde von Anna Lustenberger die wichtige Frage gestellt, ob die 120 SEB-Plätze reichen. Es wurde von Jost Arnold schon nachgeführt, dass man auch noch Reserve hätte. Ich denke, dass das mittelfristig so ausreicht. Man muss es aber in Zukunft sicher nochmals überprüfen.

Wir haben 5 dezentrale Standorte der schulergänzenden Betreuung. Wir bieten unsere Plätze nachfrageorientiert an, dies bedeutet, dass alle, die ihr Kind rechtzeitig anmelden, auch einen Platz bekommen. Es kann auch eng werden. Deshalb müssen wir je nach dem auch weitere Plätze anbieten können. Im Wiesental haben wir eine Linderung durch Pavillons der Klassen. In Inwil und Allenwinden werden wir auch mittelfristig schauen müssen. Wir sind froh, dass unser modulares, nachfrageorientiertes System von allen Parteirichtungen geschätzt wird.

Frau Uhlmann hat betreffend Schuleinheiten gesagt, dass kleinere Einheiten persönlicher sind. Die Primarschule Sennweid, also anschliessend an die Oberstufe, ist unsere Kleinschuleinheit. Diese wird mittel- oder längerfristig bei einem Neubau vergrössert. In Baar sind wir die einzige Zuger Gemeinde, die zwei Oberstufenschulen hat. Wir haben auch erkannt, dass dies natürlich wünschenswert ist, doch man muss den Platz auch entsprechend wirtschaftlich nutzen.

Walter Lipp

Zum Anliegen der FDP kann ich mitteilen, dass demnächst Post zu Euch gelangen wird.

Es gibt keine offenen Fragen. Ich gebe das Vorgehen bekannt. Wir haben einen Antrag der glp. Falls Sie diesem zustimmen, werden wir dies prüfen. Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen, das Projekt nicht zu ändern und dort mit Photovoltaikanlagen zu arbeiten, wo es noch mehr Sinn macht.

Antrag

Für die Errichtung eines Gebäudes für die Schulergänzende Betreuung (SEB) bei der Primarschule Sennweid sei ein Baukredit von CHF 4'450'000.– zu bewilligen.

Beschluss

Für die Errichtung eines Gebäudes für die Schulergänzende Betreuung (SEB) bei der Primarschule Sennweid wird ein Baukredit von CHF 4'450'000.– mit grossem Mehr bewilligt.

Die glp Baar stellt den Antrag, dass der Baukredit um CHF 50'000.– erhöht werden soll, um die Machbarkeit einer Erweiterung der Photovoltaikanlage im oberen Bereich der Fassade, namentlich an der Südfassade oberhalb der Fensterfront der 2. Etage zu prüfen, und diese auch umzusetzen. Allfällige Optimierungen an der Bepflanzung zur Vermeidung der Beschattung sollen ebenfalls vorgenommen werden. Dem Antrag wird nicht zugestimmt.

Traktandum 5

Interpellation der SP Baar betreffend "Attraktive und sichere Veloverbindungen" – Beantwortung

Die Vorlage des Gemeinderates vom 3. Mai 2021 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Ronahi Yener

Die SP Baar bedankt sich beim Gemeinderat für die Antworten auf unsere Interpellation. Wie schon am Anfang im Interpellationstext erwähnt, hat die SP Baar die Interpellation ursprünglich als Motion eingereicht. Nach einem wohlwollenden Gespräch mit dem Gemeinderat haben wir uns dazu entschieden, die Motion in eine Interpellation umzuwandeln.

Die Antworten überzeugen uns leider nicht ganz. Die Aussagen des Gemeinderates sind teilweise vage formuliert. Ausserdem beziehen sie sich in der Antwort oftmals auf den Kommunale Gesamtverkehrskonzept KGVK, in dem sie den Schwachstellenkatalog von Pro Velo Zug als Grundlage für Verbesserungen im Veloverkehr verwenden haben. Die Umsetzung der beschriebenen Punkte wird ab Herbst 2021 erfolgen. Wir sind gespannt und hoffen auf ein überzeugendes Resultat.

Sie kennen das Problem und haben es bestimmt schon mitbekommen: Die Veloparkplätze beim Bahnhof sind teilweise hoffnungslos überfüllt. In den Antworten auf unsere Frage in Bezug auf die Veloparkplätze schreibt der Gemeinderat, dass Gespräche mit der SBB gesucht wurden aber der Stand relativ unklar sei. Das ist auch für uns relativ unklar und nicht unbedingt nachvollziehbar, was sehr bedauerlich ist. Heute Abend haben wir das Bevölkerungswachstum in Baar schon einige Male aufgegriffen. Ich komme einmal mehr darauf zurück. Die Entwicklungen zeigen nämlich, dass die momentanen Platzverhältnisse die Probleme in der Gemeinde und am Bahnhof verschärfen werden. Dementsprechend ist dringend Handlungsbedarf angezeigt.

Wir sehen die Antworten des Gemeinderates als verbindlich an und wenn sich nichts tut, wird die SP das Thema definitiv wieder aufbringen. Übrigens haben wir zu dieser Thematik auch ein Video gedreht. Dieses finden Sie unter SP Baar, auf Facebook und Instagram. Nicht nur die Gemeinde ist auf hohem Kurs bezüglich Social Media. Es lohnt sich, reinzuschauen.

Riikka Horvat

Ich bin Bewohnerin im Ortsteil Blickensdorf, dies bereits seit 13 Jahren. Meine beiden Töchter besuchen heute die 5. Primarklasse und auch schon die Oberstufe. Viele Kinder sind mit dem Velo unterwegs. Mein Votum richte ich daher explizit auf den Bereich Blickensdorf. Die Situation «sicherere Veloverbindung» ist sehr unbefriedigend. Aus diesem Grund gibt es den Verein «IG Leben in Blickensdorf».

Ich danke daher im Namen unseres Vereins «IG Leben in Blickensdorf» der SP, dass sie in ihrer Interpellation «Attraktive und sichere Veloverbindungen» explizit die Veloverbindung Blickensdorf – Baar-Dorf erwähnt. Ich möchte nun die Gelegenheit nutzen und präzisieren, dass wir uns mit dem Velo nach wie vor ohne Velostreifen durch die

Hauptverkehrsstrasse nach Baar-Dorf durchkämpfen müssen, weil nämlich gar keine Veloverbindung besteht.

Die fehlenden Verbindungen für den langsamen Verkehr sind eine grosse Sorge der Bewohnenden von Blickensdorf. Vorstösse zu diesem Thema reichen auf das Jahr 2009 zurück, mehrere Anfragen folgten, 2017 wurde eine Interpellation zur Verkehrssituation für Schulkinder in Blickensdorf eingereicht. Es wurden Anpassungen mit Signalisationen gemacht, aber die verkehrsreiche Strasse nach Baar Zentrum ist weiterhin nicht nur für die Kinder, sondern auch für uns Erwachsene eine ungenügende, ja gerade gefährliche Situation.

Für die Strecke Blickensdorf – Baar-Dorf ist seit 2004 im kantonalen und 2005 auch im kommunalen Richtplan Verkehr der Gemeinde der Eintrag «Radstrecke» als behördenverbindlicher Auftrag zu finden. Zudem findet sich auch der Eintrag T1, Torgestaltung Bachtalenstrasse zur Markierung des Siedlungsauftaktes und zur Verlangsamung des Verkehrs. Für die Veloverbindung Blickensdorf – Baar-Dorf braucht es also keine Ortsplanungsrevision, dies ist bereits seit mehr als 15 Jahren behördenverbindlich als Auftrag festgelegt. Nach unserer Meinung ist in diesen Richtplänen klar ersichtlich, dass diese mangelhafte Situation geändert werden soll. Oder sehen wir dies falsch? Wir brauchen jetzt eine Lösung und wollen nicht auf eine weitere Planung warten. Bei Blickensdorf geht es um einen lebendigen Ortsteil von Baar mit grosser und nach wie vor stark wachsender Bewohnerzahl. Zudem hat die Gemeinde dort Schulräume für das handwerkliche Gestalten gemietet, das Pfadiheim ist in unserem Ortsteil und die Tennisplätze. Es sind dort also viele Kinder und auch Erwachsene unterwegs.

In der Antwort des Gemeinderates zur vorliegenden Interpellation wird das Leitbild der Gemeinde Baar zitiert: «Wir sorgen für ein zusammenhängendes Netz von sicheren Verbindungen für den Fuss- und Veloverkehr», wonach auch gelebt werde. Ich frage deshalb, was es denn noch für die Umsetzung der entsprechenden Bedürfnisse vom Ortsteil Blickensdorf braucht? Ja, wir wissen, die Strasse ins Dorf Zentrum ist eine Kantonsstrasse. Ist dies bereits der wirkliche Grund, dass diese unzureichende und alles andere als sichere Verbindung ins Zentrum nicht geändert werden kann? Das wollen wir einfach nicht glauben.

Es ist noch zu erwähnen, dass für die Strasse schon seit 2018 eine Lärmsanierungspflicht bestehen würde, diese gilt landesweit. Es geht also nicht allein um die Platzierung von Radstreifen für eine Veloverbindung, sondern um eine ortsgerechte Lösung für Blickensdorf. Deshalb die Frage an die Gemeinde Baar: Anstelle an die Zuständigkeit des Kantons zu verweisen, ist die Gemeinde bereit, im Sinne ihres Leitbilds für eine Veloverbindung und mögliche Verbesserungen für den Ortsteil Blickensdorf proaktiv zu sorgen? Wir von der «IG Leben in Blickensdorf» sind gerne bereit, dabei mitzuwirken.

Simon Uster

Die SP Baar hat mit ihrer Interpellation zur «Verbesserung für den Veloverkehr» ein wichtiges Thema in der Baarer Verkehrspolitik angesprochen. Zur Beantwortung der Interpellation stellen wir von der Alternative – die Grünen Folgendes fest:

Erfreulicherweise legt der Gemeinderat ein Bekenntnis zur Stärkung des Fuss- und Veloverkehrs ab. Er will das mit verschiedenen, planerischen Instrumenten zur Beseitigung von Schwachstellen, z.B. beim Bahnhof oder bei der Beschilderung, umsetzen. Doch mit Verweis auf die bereits bestehenden und die aktuell laufenden Planungen

wirken die Antworten noch zu wenig konkret. Und richtig sichtbar ist davon leider noch kaum etwas. Zum Beispiel ist die Veloverbindung von Blickensdorf ins Zentrum seit Jahren eine bekannte Schwachstelle. Uns ist schon klar, dass es eine Kantonsstrasse ist. Da es sich um eine zentrale innerörtliche Verbindung handelt, erwarten wir von der Gemeinde, dass sie beim Kanton interveniert – wenn nötig auch mehrmals – bis eine für die Blickensdorfer Bevölkerung, und vor allem für deren Schülerinnen und Schüler, eine befriedigende Lösung realisiert wird. Eine andere, seit vielen Jahren bekannte Schwachstelle, sind die Veloparkplätze beim Bahnhof Baar. Das Chaos wird immer grösser und es hält auch die Menschen davon ab, mit dem Velo zum Bahnhof zu fahren.

Die Alternative – die Grünen erwarten vom Gemeinderat daher in den nächsten Jahren einen klaren Tatbeweis. Das heisst, in den Plänen – vor allem in den Konzepten – muss die erwähnte Förderung des Veloverkehrs klar zum Ausdruck kommen. Und die nötige Massnahmen zur Verbesserung sind zeitnah umzusetzen. Dafür sind auch die entsprechenden finanziellen Mittel zu brauchen.

Wir werden uns auch bei den kommenden Mitwirkungsmöglichkeiten entsprechend äussern, und den Gemeinderat an seine Versprechen erinnern.

Georg Meyer

Ich habe nur eine Frage. Auf Seite 52 in der Beantwortung steht, dass der Gemeinderat prüfen und erwägen will, Tempo-25-Zonen für E-Bikes zu schaffen. Bei der Diskussion zu den Parkgebühren war eine Begründung, dass es eine Vereinheitlichung und Vereinfachung braucht, damit es kein Durcheinander gibt, das für den Bürger nicht nachvollziehbar ist. Deshalb frage ich mich, ob wir zusätzlich zu Tempo-30-Zonen und Tempo-20-Begegnungszonen noch eine neue Tempo-25-E-Bike-Zone brauchen? Und wie funktioniert das dann? Wenn wir Regeln machen, möchten wir auch, dass unsere Regeln eingehalten werden. Dafür braucht es eine Kontrolle. Wir stellen uns vor, dass wir dann diejenigen, die über Tempo 25 fahren, büssen müssen. Mich würde interessieren, was man sich für die Umsetzung dieser Erwägung überlegt hat.

Zari Dzaferi

Ich nehme Stellung zum Votum von Riikka Horvat, die bei der IG Blickensdorf sehr engagiert ist. Ich möchte kurz einige Ausführungen zu dieser Veloverbindung machen, insbesondere zur Sicherheit, welche meine Abteilung tangiert. Wir konnten am 18. Oktober 2020 zu einem Vorprojekt vom Kanton eine Vernehmlassung abgeben. Am 1. Dezember 2020 haben wir die Vernehmlassung abgeschickt. Wir haben uns darin unter anderem für zwei breitere Radstreifen und für Verbesserungen bei den Trottoirüberfahrten geäussert. Das ist der politische Weg, wie wir uns einbringen können. Wir haben klare Abtrennungen zwischen den Verantwortlichkeiten vom Kanton und der Gemeinde gefordert. Riikka Horvat hat uns vorgängig orientiert, dass sie etwas zu diesem Thema sagt und deshalb habe ich beim Projektleiter dieses Projektes nachgefragt. Er hat mir zurückgemeldet, dass sich das Projekt noch weiter verzögern wird. In der Vernehmlassung habe es viele Begehrlichkeiten von verschiedenen Interessengruppen gegeben, die man jetzt in Einklang bringen muss. Unter anderem ist dort der Platz sehr eng und vielleicht kommt es zu Übergriffen auf Privateigentum, wenn die Strasse verbreitert werden muss. Der Ball ist im Moment beim Kanton und dieser wird uns die nächsten Wochen eine Auswertung der Vernehmlassung zukommen lassen.

Selbstverständlich werden wir dann mit der IG Blickensdorf das Gespräch suchen. Im Moment sind wir in einer Vermittlungsfunktion, da die Hauptverantwortung beim Kanton liegt. Wir können diese Verantwortung nicht an uns reissen, weil sie der Kanton nicht so erfüllt, wie wir möchten. Doch Sie können versichert sein, dass der Bauchef Jost Arnold, der das Projekt federführend betreut, mehrfach beim Kanton vorstellig wurde und auch ich habe zum Thema Sicherheit mit dem Kanton zu tun. Wir nehmen Eure Anliegen ernst und möchten Verbesserungen erzielen.

Die zweite Frage kommt von Georg Meyer betreffend Umsetzung E-Bike-Zone. Wir haben nur aufgezeigt, wie wir das überprüfen möchten. Wir haben drei- und zweigeteilte Fahrverbote. Die dreigeteilten Fahrverbote gelten auch für Töffli und mittlerweile gibt es E-Bikes die 45 km/h fahren und für diese gilt das Fahrverbot ebenso. Mit dem Velo ohne Motor können wir dort weiterhin durchfahren. Wir werden dies im Zusammenhang mit dem Kommunalen Gesamtverkehrskonzept anschauen und prüfen, ob wir allenfalls Schilder aufheben können. In einer ersten Prüfung hat sich gezeigt, dass die heutigen Schilder aus einem Sinn montiert wurden und wenn diese entfernt werden, wäre in erster Linie insbesondere die Sicherheit für Fussgängerinnen und Fussgänger benachteiligt.

Jost Arnold

Wir sind mitten in der Ortsplanungsrevision. Es ist das erste Mal, dass in der Gemeinde Baar im Zuge einer Ortsplanungsrevision ein Kommunales Gesamtverkehrskonzept aufgefahren wird. Es ist schade, dass das vorher nicht gemacht wurde. Es liegt uns am Herzen, dass der Langsamverkehr, der Fussgängerverkehr und der Autoverkehr in Einklang gebracht werden können. Das geht aber nur mit einem Kommunalen Gesamtverkehrskonzept. Darin möchten wir vorwiegend schauen, dass der Langsamverkehr bestmöglich geführt werden kann. Das ist nicht so einfach und es muss mit dem Kanton immer wieder verhandelt werden, da es auch Kantonsstrassen betrifft. Wir sind auf einem guten Weg.

Antrag

Von der Beantwortung der Interpellation der SP Baar sei Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

Von der Beantwortung der Interpellation der SP Baar wird Kenntnis genommen.

Traktandum 6

Interpellation der Alternative – die Grünen Baar zum Abbruch der "Scheibenhäuser" in Inwil – Beantwortung

Die Vorlage des Gemeinderates vom 3. Mai 2021 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Gurbetelli Yener

Wir von der Alternativen – die Grünen Baar bedanken uns beim Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation, auch wenn wir mit den Antworten nur teilweise zufrieden sind.

Als ehemalige Inwiler Schülerin sind mir die Scheibenhäuser sehr bekannt. Ich kenne viele Menschen, die auch heute noch dort wohnen. Wir fordern im Interesse der Bewohnerinnen und Bewohner der Scheibenhäuser den Gemeinderat auf, verbindliche Abmachungen mit der Bauherrschaft zu vereinbaren, damit auch wirklich genügend preisgünstige Wohnungen erstellt werden und damit die bisherigen Bewohnerinnen und Bewohner eine echte Chance haben, im Quartier wohnen bleiben zu können. Das ist unser grosses Anliegen.

Es ist klar, dass die Mieten bei den neuen Gebäuden steigen werden. Die Frage ist, ob sich all die jetzigen Mieterinnen und Mieter zukünftig eine Wohnung in den neuen Gebäuden leisten können. Denn die von Seiten des Gemeinderats genannten 30% bezahlbare Wohnungen sind, bezogen auf die neuen ca. 280 Wohnungen, nur rund 45% von dem, was heute dort vorhanden ist. Auch bei der Präsentation zum Studienauftrag vom 1. Juni 2021, die wir mit grossem Interesse vor Ort verfolgt haben, wurden die Fragen bezüglich bezahlbaren Wohnraum nicht klar und unverbindlich beantwortet. Nochmals: Wir erwarten, dass der Gemeinderat verbindliche Abmachungen mit der Bauherrschaft trifft, damit auch wirklich genügend preisgünstiger Wohnraum erstellt wird und die bisherigen Bewohnerinnen und Bewohner eine Zusicherung haben, im Quartier bleiben zu können.

Der Bedarf nach preisgünstigen Wohnungen in unserer Gemeinde ist ausgewiesen. Deshalb fordern wir von der ALG Baar auch eine Fachstelle «Bezahlbarer Wohnraum» innerhalb der Gemeindeverwaltung, damit alle Baarerinnen und Baarer professionelle Unterstützung erhalten. Aber auch, dass bezahlbare Wohnungen bei Investoren, Eigentümern und Genossenschaften angeregt werden. Damit Baar eine Wohngemeinde für Alle bleibt, braucht es keine Steuersenkungen, sondern eine Unterstützung für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Denn diese Männer und Frauen, Kinder und Jugendliche tragen unsere gemeindliche Gemeinschaft. Sie machen Baar aus.

Bei der Präsentation vom 1. Juni zum Studienauftrag Rigistrasse wurde immer wieder betont, dass es eine grosse Grünfläche geben werde, also eine grössere als die, die heute dort vorhanden ist, da die Bauten schmaler werden und der Aussenparkplatz auch begrünt wird. Wir erwarten einen klaren Schritt in Richtung mehr Biodiversität in der neuen Überbauung und mehr Möglichkeiten zum selber Gärtnern für Alle. Und damit eine Steigerung der Lebensqualität für alle zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner. Wie schon erwähnt, wird zugunsten einer grösseren Grünfläche sehr hoch

gebaut. Wir begrüßen eine verdichtete Bauweise, an welche wir uns alle noch gewöhnen müssen. Gerade deshalb ist einer Grünfläche dazwischen genügend Aufmerksamkeit zu schenken.

Alois Gössi

Ich nehme hier für die SP Baar Stellung zu dieser Interpellation Scheibenhäuser. Aber als erstes eine Vorbemerkung. Ich bin ebenfalls Präsident einer Wohnbaugenossenschaft in Baar und wir besitzen 37 Wohnungen in 2 Liegenschaften. Wir führen keine Wartelisten für freie Wohnungen mehr, da wir erstens relativ wenige Wechsel haben und zweitens in der Regel aus dem Kreis unserer Genossenschafter genügend Mietinteressenten finden. Wir möchten prinzipiell eine weitere Liegenschaft bauen oder erwerben, aber dies ist wegen des hohen Bodenpreises quasi unmöglich. Wir versuchen trotzdem, unseren Beitrag zur Bewältigung eines der grössten Probleme von uns Baarer und Baarerinnen zu leisten: der Knappheit an bezahlbaren Wohnungen.

In dieser Interpellation zu den Scheibenhäusern in Inwil geht es prinzipiell um das Gleiche, nämlich um die bezahlbaren Wohnungen. Im Moment leben rund 800 Menschen in den 220 Wohnungen, diese sollen weiterhin bezahlbar bleiben und nicht einfach durch teurere Wohnungen «wepsaniert» werden. Es sind schöne und verständliche Wünsche.

Aber jetzt kommt leider die Realität in die Wege. Die vier Scheibenhäuser sind in die Jahre gekommen, es wäre eine umfassende und tiefgreifende Sanierung notwendig. Auch bei einer solchen wahrscheinlich kostspieligen Sanierung würden die Mieten steigen. Ich kann deshalb die Motivation der Besitzer verstehen, lieber neue Häuser zu erstellen als die bestehenden sehr teuer zu sanieren. Ich hoffe einfach, dass die neuen Häuser so erstellt werden, dass sie länger als 50-60 Jahre standhalten.

Die Besitzer, die Pensionskasse der V-Zug AG und die BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich, haben sehr wohl soziale Gedanken, wie der Gemeinderat schreibt. Aber man muss sich hier keine Illusionen machen. Ich nehme ihnen dies in keiner Art übel. Für diese beiden Pensionskassen muss schlussendlich die Rendite stimmen. Sie müssen so unter anderem die Renten ihrer Rentnerinnen und Rentner sichern.

Mit den vier neuen Hochhäusern gibt es natürlich auch einen Mehrwert für die Bauherrschaft. Es gibt statt 220 Wohnungen neu 340 Wohnungen mit unterschiedlichen Grundrissen für verschiedene Alters- und Wohnsituationen. Die Bauherrschaft sagt aus, dass die Mieten weiterhin erschwinglich bleiben sollen, so geht das ganze wohl nur auf, wenn ein Mehrwert mit weiteren Wohnungen und zusätzlichen Stockwerken möglich ist.

Ein Teil des Mehrwertes, der Mehrwert ist ja auch sicher eines der Hauptmotive für den Neubau, muss an die «Allgemeinheit» abgezolten werden. Dies erfolgt mit der Auflage, dass mindestens 30% der Wohnfläche für preisgünstige Wohnungen gemäss dem kantonalen Wohnraumförderungsgesetz vorzusehen sind. 30% von 340 neuen Wohnungen sind rund 100 Wohnungen, die, resp. deren Bewohner, so unterstützt werden.

Die neuen Häuser werden gemäss Bericht des Gemeinderates etappenweise gebaut, so sollte es möglich sein, dass mindestens ein Teil der bestehenden Mieter in die fertig gebauten Häuser umziehen kann, wenn auch leider nicht mehr zu den aktuellen Mietzinsen.

Gemäss dem Siegerprojekt, das jetzt weiter ausgearbeitet wird, kann Inwil ein spannendes Bauprojekt erwarten. Mindestens kommunikationsmässig ist die Bauherrschaft hier gut unterwegs.

Unser Fazit: Wir hätten natürlich auch gerne, dass die bestehenden Scheibenhäuser mit den aktuellen Mietzinsen weiterhin so vermietet werden könnten, aber aufgrund der aktuellen Situation ist dies leider nicht möglich. Wir zählen jedoch darauf, dass die Bauherrschaft soziale Gedanken wie «auf dem Areal Rigistrasse werden familienfreundliche Wohnungen für unterschiedliche Zielgruppen, wobei die Wohnungen auch für Arbeitnehmende aus Industrie und Gewerbe erschwinglich bleiben sollen» ebenso wie die 30% Wohnfläche für preisgünstige Wohnungen umgesetzt werden, wobei wir natürlich noch lieber mehr hätten.

Zwei Fragen habe ich noch an den Bauchef:

- Kommen ein oder vier Bebauungspläne an die Gemeindeversammlung? In der Vorlage steht einer, aber wie bei der Überbauung Unterfeld wird es wahrscheinlich auch mehrere Bebauungspläne geben, die an eine Gemeindeversammlung beschlossen werden.
- Wie gesagt hätten wir gerne mehr als 30% preisgünstige Wohnungen als Entgelt für den Mehrwert. Wieso konnte dies bei den Beratungen mit der Bauherrschaft nicht umgesetzt werden oder war dies überhaupt keine Forderung der Gemeinde Baar?

Als letzter Satz steht in der Vorlage des Gemeinderates: «Den Bewohnerinnen und Bewohnern kann die Gemeinde beratend zur Seite stehen und sie an die oben genannten Wohnbauträger wie Genossenschaften, Bürgergemeinde, Kirchgemeinden, Korporationen oder Stiftungen verweisen, die preisgünstige Wohnungen anbieten». Dies klingt sehr gut, aber dann sind wir wieder am Anfang meines Votums, bei der Knappheit an bezahlbaren Wohnungen in Baar. Gut gemeint vom Gemeinderat, aber bewirken tut es wahrscheinlich nicht sehr viel.

Alain Hettinger

Das Quartier in Inwil wächst – und das in einem grossen Tempo. In den kommenden Jahren wird mit den Überbauungen unterhalb vom Ebel und den Scheibenhäusern das Quartier von der Personenanzahl enorm grösser und muss sich zwangsläufig weiterentwickeln. Hier interessieren mich persönlich allgemeine Fragen zum Quartier in Inwil.

Die Interpellantin hat aus meiner Sicht leider die wirklich wichtigen Fragen nicht gestellt. Das sind Fragen zu Quartierentwicklungen, wie zum Beispiel, wie die weitere Quartierentwicklung aussieht und wie die Gemeinde bei der Lagebeurteilung vorgeht. Werden Fachleute, Spezialisten eingebunden? Gibt es Punkte oder Projekte, die oben aufschwimmen? Werden zusätzliche Infrastrukturen gebraucht, die für das Zusammenleben förderlich sind oder sogar notwendig werden? Ist es angedacht, dass sich die Inwiler partizipativ bei den zukünftigen Quartierentwicklungen ihre Gedanken einbringen können? Das wären für mich die interessanten Punkte.

Bei der Beantwortung der Interpellation gingen mir noch folgende zwei Stichworte durch den Kopf: Freizeitanlagen und Gemeinwesenarbeit. Ist es eventuell für Inwil an der Zeit, dass ein Gemeinschaftszentrum entwickelt wird, wie es der Kanton Zürich

seit Jahren in stark besiedelten Wohnquartieren macht? Und ist es in Zukunft angedacht, eine umfassende Gemeinwesenarbeit in Inwil zu entwickeln? Das zu meinen persönlichen Gedanken.

Im Namen der CVP Baar teile ich Ihnen mit, dass wir das Vorhaben der Gemeinde Baar unterstützen, damit möglichst viele der neu gebauten Wohnungen weiterhin als bezahlbaren Wohnraum angeboten werden können. Es ist ein grosses Anliegen der CVP, dass die Gemeinde Baar preisgünstigen Wohnungsbau fördert. Was meine Vorredner schon erwähnt haben, wiederhole ich nicht mehr. Nur ein Satz zur Verstärkung: Die Gemeinde hat es in diesem Fall sehr gut gemacht und das Maximum von 30% verlangt. Die Eigentümer müssen 30% der Gesamtwohnfläche als preisgünstigen Wohnungsbau umsetzen.

Bis jetzt ist das Richtprojekt zu befürworten. Da es sich aber um ein Grossprojekt handelt und die neuen Gebäude entsprechend höher werden als bisher, ist der starke Einbezug der Bevölkerung sehr erwünscht. Eine Negativabstimmung wie im Unterfeld muss unbedingt vermieden werden. Dass die Bauherrschaft das Projekt in Etappen baut, ist zweckdienlich und sehr erfreulich.

Karl Bürgler

In dem Punkt sind wir uns sicher alle einig, dass wir preisgünstigen Wohnraum erhalten und fördern müssen. Dazu sage ich einige Worte.

Die Gemeinde Baar nimmt meiner Meinung nach die Aufgabe als Vermittler von preisgünstigem Wohnungsbau ernst und als Vorstandsmitglied einer Wohnbaugenossenschaft erlebe ich das auch so. Sie nimmt das seit längerer Zeit ernst und bietet so auch diversen Wohnbaugenossenschaften immer wieder die Möglichkeiten, sofern diese bestehen, den Wohnbau zu realisieren. Der soziale Gedanke spielt bestimmt eine zentrale Rolle für den Erhalt und die Förderung des preisgünstigen Wohnraums. Doch, wie wir hier sehen, sprechen sich auch die Eigentümer für preisgünstigen Wohnungsbau aus. Die Bauherrschaften in Inwil, also die beiden Pensionskassen, tragen ebenfalls eine Verantwortung und zwar die, dass ihre Anlagen so daherkommen, dass die Altersvorsorge ebenfalls funktioniert. Einmal mehr haben wir hier eine sogenannte eierlegende Wollmilchsau. Leider gibt es sie nicht, doch man versucht, das Beste rauszuholen.

Schauen wir den Neubau in Inwil als Chance an, um Themen wie Verdichtung, Nachhaltigkeit, Hindernisfreiheit etc. und eben preisgünstigen Wohnungsbau zu vereinen. Eine zusätzliche Fachstelle «Bezahlbarer Wohnraum» erachte ich persönlich als nicht zielführend, da diese Aufgabe bereits durch die Gemeinde oder die vorhandenen Wohnbauträger sehr gut abgedeckt ist.

Michael Riboni

Es geht um die Forderung nach einer Fachstelle «Bezahlbarer Wohnraum». Einmal mehr soll der Staat, also unsere Gemeindeverwaltung wachsen. Einige aktuelle Zahlen vom Bundesamt für Statistik, die man sich im Hinterkopf halten sollte: Zur Zeit arbeiten in der Schweiz 11% der Erwerbstätigen direkt beim Staat, also beim Bund, Kanton oder bei einer Gemeinde. Wenn man die staatsnahen Betriebe noch dazu zählt, wie SBB, Post, Swisscom etc., sind wir um einiges höher. Vor 20 Jahren waren wir 50% tiefer. Damals hat nur noch jeder Zwanzigste beim Staat gearbeitet. Sie sehen, dass

der Staat wächst. Ich sage nicht, dass der Staat auf keinen Fall wachsen soll. Doch wir haben eine Entwicklung, die nicht einfach 20 Jahre so weitergehen kann. Irgendwer muss auch noch Wertschöpfung generieren, Steuersubstrat verdienen, um den Staat auch finanzieren zu können. Der Staat kann für uns auch nicht alles erledigen. Etwas Eigenverantwortung, auch im Bereich Wohnungssuche, ist in der heutigen Zeit angebracht. Aus Sicht der SVP bitten wir den Gemeinderat, keinesfalls auf die Idee der ALG für eine Fachstelle «Bezahlbarer Wohnraum» einzugehen.

Zum Schluss mache ich den Bogen zum Kantonsrat. Dort ist zurzeit eine Motion von der links-grünen Seite hängig, die verlangt, dass bei Wohnbauten mit mehr als vier Wohneinheiten, sämtliche Zugänge, Aussenanlagen und Innenräume nach den Grundsätzen vom anpassbaren Wohnungsbau realisiert werden sollen, also hindernisfrei sein. Preisgünstiger Wohnungsbau findet immer in Liegenschaften mit mehr als vier Wohneinheiten statt. Alles andere ist bei uns in der Gemeinde Baar sowieso zu teuer. Selbstverständlich brauchen wir preisgünstigen Wohnraum, der behindertengerecht und hindernisfrei ist. Aber wenn man das überall verlangt, steigen auch die Baupreise und es wird schwieriger, preisgünstigen Wohnungsbau zu realisieren. Das ist für mich ein Beispiel von einer etwas widersprüchlichen Politik, die seitens Links-Grün manchmal betrieben wird. Auf der einen Seite fordert man in Baar preisgünstigen Wohnungsbau, was auch eine absolut legitime Forderung ist, im Kantonsrat verlangt man andererseits neue Reglemente und Vorschriften, die das Bauen teurer machen. Ich bin sehr gespannt auf das Abstimmungsverhalten der linken Baarer Kantonsräte. Unterschrieben wurde die Motion nämlich unter anderem von Zari Dzaferi, Alois Gössi, Isabel Liniger und Ivo Egger. Alles Baarer Kantonsräte von SP und ALG.

Jost Arnold

Ich beantworte die Frage von Alois Gössi betreffend 1 oder 4 Bebauungspläne. Es gibt einen Bebauungsplan. Er hat den Vergleich mit dem Unterfeld Süd gebracht. Im Unterfeld Süd hat man Baufelder festgelegt und jedes Baufeld verlangt einen eigenen Bebauungsplan. Hier möchten wir einen Bebauungsplan, da wir wissen möchten, was gesamthaft gebaut wird und wie die Etappierung ist. Die Etappierung wurde verlangt und mit der Bauherrschaft diskutiert. Die Bauherrschaft war einstimmig der Meinung, dass sie das so realisieren möchten.

Etwas zur Geschichte der Scheibenhäuser: Die Wohnhäuser wurden 1968 gebaut. Das sind Scheibenhäuser und nicht qualitativ hochwertige Häuser. Diese wurden erstellt, da dies eine günstige Bauweise war und die Häuser wurden für Arbeiter bei den Fabriken gebaut. Die Mieten sind im Laufe der Zeit günstig geblieben, da die Häuser auch günstig erstellt wurden. 1968 wurden diese in der richtigen Zone erstellt und haben die Besitzstandsgarantie. Hätten die Häuser saniert und von der Denkmalpflege geschützt werden können, hätten wir keinen preisgünstigen Wohnungsbau verlangen können. Bei einer Aufstockung hätten wir vom Neubau einen gewissen Anteil preisgünstigen Wohnungsbau verlangen können. Das wäre nur sehr wenig gewesen. Da jetzt alles abgebrochen wird und wir 30% vom gesamten Volumen verlangt haben, ist es mehr. Die Bauherrschaft hat sich damit zufriedengegeben. Die Gemeinde hat sich für den preisgünstigen Wohnungsbau stark eingesetzt. Viel mehr hätte man nicht raus holen können, da schlussendlich die Marktwirtschaftlichkeit auch bei einer solchen Überbauung gefragt ist.

Man hat von Grünflächen gesprochen. Wenn man einen Bebauungsplan ausarbeitet, gibt es verschiedenen Kriterien. Die Lage der Bauten wird angeschaut, die Richtung, die Höhenanpassung, der Freiraum. Auf den Freiraum wurde speziell grossen Wert gelegt, damit der Freiraum auch für das gesamte Inwil und seine Bewohner einen grossen Nutzen bringt. Es gibt keine oberirdischen Parkplätze mehr, die Häuser sind besser verteilt und die Grünfläche ist gross und bietet für Inwil und seine Bewohner einen grossen Mehrwert. Bei einer letzten Ortsplanungsrevision hat der Kanton das sogenannte ROK, Raumordnungskonzept, erstellt. Darin hat man den Bürger gefragt, was von einer Ortsplanungsrevision erwartet wird. Dabei wurden mehr Grünflächen, mehr Freiraum und mehr Lebensqualität gefordert. Diese Überbauung wird dem gerecht. Ich habe mich auch mit der Höhe beschäftigt. Die Haupthäuser sind die Schulanlage und die Zuwebe. Es trifft auch einige weitere Häuser. Wenn man es gesamthaft und die Höhe der Scheibenhäuser anschaut, sehen diese grösstenteils schon jetzt nicht darüber, sondern nur den Himmel. Es gibt nachher höhere Häuser, dann sehen sie den Himmel noch weniger. Dafür sehen sie zwischendurch und haben viel mehr Aussicht und Offenheit, als einfach die Scheibenhäuser. Wichtig war auch die Zufahrt. Man führt den Verkehr zu dieser Überbauung früh weg in die Tiefgarage.

Alain Hettinger, es ist schon so, dass die Gemeinde sich immer bei grösseren Bauvorhaben einbringt. Je nach dem was gemäss Zonenplan gebaut werden kann, muss das bei der Gemeinde eingegeben werden. Es gibt dann Gespräche und es wird ein Richtprojekt ausgearbeitet, bei dem wir unsere Forderungen einbringen. Die grossen Bauvorhaben kommen vor unsere Kommissionen und werden dort beraten und die Forderungen diskutiert. Beim einfachen Bebauungsplan können wir es mit der Qualität einfordern. Zum Beispiel Freiraum oder Grünflächen. Das wird parzellenweise angeschaut. Beim ordentlichen Bebauungsplan können wir mehr machen. Wir können preisgünstigen Wohnraum, öffentlichen Freiraum etc. verlangen. Das wird laufend gemacht und in der Gemeinde Baar sind wir diesbezüglich gut unterwegs.

Allgemein zum preisgünstigen Wohnungsbau in Baar: Der Gemeinderat war in den letzten Jahren immer bedacht, dass man den Wohnbaugenossenschaften Land zur Verfügung stellt, damit preisgünstiger Wohnungsbau erstellt werden kann. Der Gemeinderat hat auch schon Land zu einem höheren Preis gekauft und zu einem tieferen Preis den Wohnbaugenossenschaften abgegeben. Der Gemeinderat war aktiv und hat das gemacht, was er konnte.

Mit Michael Riboni bin ich einig und aufgrund von dem, was schon alles gemacht wird, brauchen wir nicht unbedingt noch eine Fachstelle. Preisgünstiger Wohnungsbau wird vom Gemeinderat immer wieder gefordert und zum Thema gemacht.

Antrag

Von der Beantwortung der Interpellation der Alternative – die Grünen Baar sei Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

Von der Beantwortung der Interpellation der Alternative – die Grünen Baar wird Kenntnis genommen.

Walter Lipp

Wir sind am Ende einer interessanten und wortreichen Gemeindeversammlung angelangt. Der gesamte Gemeinderat wünscht Ihnen schöne Ferien, Schweiz als Europa-meister, dass die Maske bald der Vergangenheit angehört, die Tangente die notwendige Entlastung gibt, dass alle gesund bleiben, im September an die nächste Gemeindeversammlung kommen und natürlich am 1. August auf dem Rathaus-Schüür Platz mit uns anstossen. Leider gibt es auch heute keinen Aperö.

Ich muss Sie darauf hinweisen:

- dass beim Verlassen der Halle konsequent auf den Mindestabstand von 1.5 m geachtet werden muss.
- Damit dies reibungslos geht, bitte ich Sie, den Saal nun von hinten nach vorne, Reihe für Reihe zu verlassen.
- Das Tragen der Maske ist auf dem gesamten Areal rund um die Halle obligatorisch.

Vielen Dank. Die Versammlung ist geschlossen.

Für das Protokoll



Andrea Bertolosi
Gemeindeschreiberin

Baar, 19. August 2021 sn